

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Pleite der Severing-Aktion

In ganz Preußen mageres Ergebnis bei den KPD-Haussuchungen

Was Grzesinski berichtet

Berlin, 20. April 1932.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die nach längeren Beobachtungen am gestrigen Tage vorgenommenen Haussuchungen bei Funktionären des Antifaschistischen Kampfbundes und des sogenannten Arbeiterschützenbundes haben ergeben, daß der verbotene Rote Frontkämpferbund illegal fortgeführt wurde. Ueber den Umfang und die Bedeutung des Fortsetzungsversuches kann im Augenblick noch nichts gesagt werden. Festgestellt wurde, daß der Tischler Emil Paffrath, der Maler Wilhelm Mohn und der Reichstagsabgeordnete Paul Hornick maßgebend an dem Versuch beteiligt gewesen sind, den Roten Frontkämpferbund illegal fortzuführen. Ob die obengenannten Organisationen, der Antifaschistische Kampfbund und der Arbeiterschützenbund, mit den Angelegenheiten des Roten Frontkämpferbundes zu tun hatten, wird noch geprüft.

*

Auch dieser Bericht kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Severing mit seinem in ganz Preußen inszenierten antikommunistischen Feldzug eine vollkommene Pleite erlitten hat. Natürlich muß die Polizei bestrebt sein, nachträglich die Berechtigung für die veranstaltete Hetzjagd zu liefern. Daß hierbei namentlich Grzesinski alles aufbietet würde, um seinem Parteifreund eine Blamage zu ersparen, war zu erwarten. Er ist auch

einer der wenigen Diener Severings, der über die Auffindung von belastendem Material berichten kann. Auch das ist indessen mehr als dürftig. Es wird zwar als Ergebnis festgestellt, daß der verbotene Rote Frontkämpferbund „illegal fortgeführt“ worden sei, sogleich aber auch erklärt, daß es sich um einen „Fortsetzungsversuch“ handelt, über dessen Umfang und Bedeutung noch nichts gesagt werden könne. Das klingt alles andere als überzeugend und ist es auch, so wenig, als seitens der übrigen Polizeistellen in Preußen glatt zugegeben wird, daß die Haussuchungen bisher überall mit negativem Erfolg durchgeführt worden sind. Eine Ausnahme macht nur der Regierungsbezirk Stade-Lüneburg, wo ebenfalls Beweise für den Fortbestand des Frontkämpferbundes aufgefunden worden sein sollen, aber auch aus dieser Nachricht spricht wohl mehr der Wille, etwas zu finden, als das wirkliche Ergebnis der Untersuchung.

Das ganze Resultat ist und bleibt somit eine einzige Blamage Severings. Nachdem er aber schon einmal die Polizei in Aktion gesetzt hat, wäre es vielleicht nicht ganz unnützlich, diese auch einmal nach der anderen Seite, in der Richtung der SA-Truppen fortzusetzen. Wir sind überzeugt — vorausgesetzt freilich, daß die Polizei mit derselben Energie vorgeht wie im Falle der Kommunisten —, daß er in einer einzigen kleinen Landgemeinde ungleich mehr und belastenderes Material aufreiben würde als die jetzige Aktion in ganz Preußen ergeben hat.

Wogegen Severing nichts unternimmt

Sind SA und SS aufgelöst? Nach dem erlassenen Verbot offenbar ja. Die Tatsachen reden indessen eine andere Sprache. So lesen wir beispielsweise im Berl. 8-Uhr-Abendblatt:

Die SA und SS sind aufgelöst. Wahrscheinlich aus diesem Grund hat man noch nie soviel uniformierte und halb-uniformierte Nazis in den Berliner Straßen gesehen wie jetzt. Besonders im Berliner Westen laufen die verbotenen SA's in den verbotenen Uniformen mit einer Dreistigkeit umher, die verblüffend ist, und

es ist uns kein Fall bekanntgeworden, in dem die Polizei, die doch sonst in dieser Hinsicht nie Grund zur Klage gegeben hat, eingeschritten wäre.

Es würde wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen, wenn gegen das Uniformtragen weit schärfer vorgegangen würde, als das bisher der Fall war.

In Hessen sind — und dieser Fall dürfte für Berlin weitgehende Schlußfolgerungen gestatten — außerordentlich zahlreiche Schriftstücke gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß die dortigen

SA- und SS-Formationen in zahllosen Verkleidungen weiterexistieren sollen. Als Kegellubs, als Turnvereine, so-

gar als Skatklubs und in allen möglichen anderen Tarnungen.

Das aufgefundene Material enthält die Geheimadressen, an die sich die einzelnen Organisationen wenden sollten; die Vermittlung und die organisatorische Aufrechterhaltung der verbotenen Organisationen sollen also dort Einzelpersonen übernehmen, statt wie bisher ganze Büros. Es muß erwartet werden, daß von der Berliner Polizei jede mögliche Vorsorge getroffen wird, durch die ein geheimes Weiterbestehen der illegalen Nazi-Verbände verhindert werden kann.

Transandenbahn stellt den Verkehr ein

Santiago de Chile, 20. April 1932.

Am Dienstag wurde der gesamte Verkehr auf der Transanden-Eisenbahnlinie zwischen Argentinien und Chile, die in englischem Besitz ist, eingestellt. Eine Reise von Argentinien nach Chile ist nur noch auf dem Luftweg möglich. Die Einstellung des Verkehrs wurde bereits vor kurzem in einem Ultimatum der Gesellschaft an die chilenische Regierung angekündigt, weil diese den Zollkrieg mit Argentinien nicht beenden wollte, durch den die Frachteinahmen der Bahn um rund eine Million Pfund zurückgegangen sind. Wie das chilenische Eisenbahnministerium mitteilt, sind Maßnahmen getroffen worden, um einen Kraftwagen- und einen Eisenbahnungehungsdienst nach Argentinien einzurichten.

Die verdächtige Schießvorschrift

B. S. Zu dem bei der Polizeiaktion gegen die Antifa und den Arbeiterschützenbund beschlagnahmten Material gehört auch eine Schießvorschrift des Schützenbundes, die noch bei den zuständigen Stellen nicht geprüft werden wird. Die genannte kommunistische Organisation übte den Schießsport mit sogenannten Wehrmann-Büchsen aus, umgearbeiteten Gewehren Modell 98, wie sie an und für sich für alle schießsporttreibenden Organisationen zugelassen sind. Einzelne Bestimmungen der Schießvorschrift haben aber die Frage aufkommen lassen, ob nicht mit diesen Büchsen auch auf große Entfernungen geschossen worden ist, was einer reinen sportlichen Betätigung widersprechen würde.

Die Entscheidung des Vernehmungsrichters über eine Verhaftung der beiden festgenommenen kommunistischen Funktionäre Paffrath und Mohn soll erst im Laufe des heutigen Donnerstag fallen, doch ist auf Grund des von der Polizei dem Richter übermittelten Materials an dem Erlaß der Haftbefehle nicht zu zweifeln.

150 Zwangsgestellungen in Berlin

MLD. Berlin, 20. April 1932.

Am Dienstag nachmittag fand im Lustgarten eine kommunistische Wahlkundgebung statt. Der Anmarsch und die Kundgebung selbst verliefen ohne Zwischenfälle, während beim Abmarsch der Teilnehmer die Polizei wiederholt eingreifen mußte. Im ganzen wurden etwa 150 Personen zwangsgestellt, von denen sich in den frühen Morgenstunden nur noch 80 in Haft befanden.

Erzbergermörder festgenommen?

Woldenberg (Nm.), 19. April 1932

Auf dem Wege nach Lauchstädt wurde ein Mann aufgegriffen, der unter dem Namen eines Kapitäneleutnants Tillesen bei Gutsbesitzern um Unterstützung vorsprach. Er behauptete, den Minister Erzberger ermordet zu haben. Bei seiner Festnahme wurden Papiere mit dem Namen des Schriftstellers Johann Förster gefunden. Die weitere polizeiliche Untersuchung muß ergeben, mit wem man es in Wirklichkeit zu tun hat.

Wie rücksichtslos und herausfordernd die Polizei Severings hierbei vorgegangen ist, das schildert ein auf der zweiten widergegebenen Bericht eines Augenzeugen und unfreiwilligen Opfers.

Chinesische Ostbahn im Streik

TU. Tokio, 20. April 1932.

Am Mittwoch sind sämtliche Angestellten der chinesischen Ostbahn in einen Generalstreik getreten. Dieser ist eine Protestkundgebung gegen die Verhaftung von 40 Angestellten der Eisenbahn, die im Zusammenhang mit dem Dynamitanschlag auf den japanischen Truppenzug bei Charbin erfolgte. Der ganze Eisenbahndienst ist eingestellt worden. Die japanischen Divisionen, die am heutigen Mittwoch von Charbin nach ihrem Friedensstandort zurückkehren sollten, mußten in Charbin verbleiben.

Nach einer Meldung aus Tschangtschun herrscht auf dem östlichen Teil der ostchinesischen Bahn infolge der Tätigkeit der chinesischen Freischärler, die nach japanischen Behauptungen von Maraschall Tschanghsuelang organisiert worden sind, ein vollkommenes Durcheinander. Amtliche japanische Kreise berechnen den Schaden, den die Eisenbahnstrecke erlitten hat, auf ungefähr 100 Millionen Mark und erklären, daß es Jahre bedürfe, um diesen wieder gut zu machen. Die meisten Japaner haben auf russischem Gebiet Schutz gesucht, wozu die Sowjetbehörden die ausdrückliche Erlaubnis erteilt haben. Eine starke russische Truppenabteilung rückt von Wladiwostock gegen die mandchurische Grenze vor.

In russischen Kreisen wird der Verdacht ausgedrückt, daß die Vorgänge bei der ostchinesischen Eisenbahn, und insbesondere der jetzige Generalstreik, auf japanische Anstiftung zurückzuführen seien. Es handle sich nur um Manöver, um den alten japanischen Wunsch, den Verkehr von der ostchinesischen Bahn auf die Japan gehörige Südmandschureienseisenbahn abzulenken, zur Durchführung zu bringen.

Japanisches Oberkommando droht

Charbin, 20. April 1932

Zum Ausbruch des Generalstreiks auf der chinesischen Ostbahn erklärt das japanische Oberkommando, es werde den Generalstreik nicht zulassen, sondern alle Beamten der chinesischen Ostbahn durch Japaner und russische Weißgardisten ersetzen, da die Bahn ihren Betrieb nicht unterbrechen dürfe. Außerdem würden weitere Maßnahmen für die Bewachung der Gebäude an der chinesischen Ostbahn getroffen werden, da sonst Gewalttaten von bolschewistischen Gruppen zu befürchten seien. Gegen die Urheber des Generalstreiks würden die schärfsten Maßnahmen angewandt werden.

Klassenbewußte Arbeiter in Preußen wählen am Sonntag **Liste 18**

Severingsche Polizeimethoden

In einem Wahlaufruf, den der Preußische Innenminister neulich erläßt, rühmt er die großen Freiheiten des preußischen Volkstaates, die jetzt am 24. April auf dem Spiele ständen. „Gegen Preußen“, erklärt darin Severing, geht der Angriff, um die Grundlagen zu beseitigen für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, um die Regierung zu stürzen, deren Zusammensetzung die Gewähr für Ordnung und Sicherheit und damit für den Bestand der Sozialgesetzgebung, den Tarif- und Koalitionsrechts und der Organisationsfreiheit gibt“. Es gehört — man kann die richtige Bezeichnung nur mit Mühe unterdrücken — mehr viel Unverfrorenheit dazu, Preußen als einen Hort all der aufgezählten Rechte und Freiheiten zu beschreiben. Es gibt kein Recht und keine Freiheit, gegen die nicht gerade in Preußen fortgesetzt verstoßen würde, und was die „Gewähr für Ordnung und Sicherheit“ angeht, so geben dafür die Methoden der preußischen Polizei eine Illustration, die soeben wieder bei den Sitzungen in Berlin angewendet worden sind und worüber uns nachstehend einer unserer Parteigenossen den folgenden Bericht übermittelt:

Nach Beendigung der Lustgardendemonstration marschierte ein kleinerer Zug Kommunisten, etwa 50 Männer und Frauen, geschlossen nach Tempelhof, von wo sie gekommen waren, zurück. Auf dem Hohenzollernkorso wurde der Zug von einem Polizeikommando gestellt, dessen Führer vernünftig genug war, die Arbeiter lediglich aufzufordern, den geschlossenen Zug aufzulösen, die Fahnen einzuzerren und auf dem Bürgersteig weiterzulaufen. Die Demonstranten kamen dieser Anordnung sofort nach. Sie waren jedoch kaum einige hundert Meter weiter gegangen, da sauste erneut Polizei heran, und der kommandierende Offizier gab Befehl, daß sämtliche Demonstranten auf Lastwagen nach dem Polizeipräsidium zu transportieren seien. Ich hatte mich dem Zuge angeschlossen, nachdem er von dem ersten Polizeikommando aufgelöst worden war und mußte so ebenfalls mit dem Weg zum Alexanderplatz antreten, wie übrigens auch ein Spaziergänger, der gar nichts mit der ganzen Angelegenheit zu tun hatte. Um 1/21 Uhr war der Befehl ergangen, uns zum Polizeipräsidium abzutransportieren, aber erst gegen 1/23 Uhr ging die Fahre los. Unter uns war auch eine Arbeiterin, die ein 2 1/2 Jahre altes Kind zu Hause hatte, das auf die Mutter wartete. Die Arbeiter forderten einmütig, daß wenigstens diese Frau sofort freigelassen werden solle; der Polizeioffizier verbat sich jedoch alle Einmischungen in seine Anordnungen. Unter dem Druck der empörten Arbeiter mußte die Mutter schließlich auf dem Alex nach kurzer Zeit freigelassen werden. Wir anderen wurden immer drei oder vier zusammen in eine kleine Zelle gesperrt, wo wir die Nacht über zum Teil auf dem Fußboden kampieren mußten. Erst am Mittwoch früh, gegen 6 Uhr, wurden wir aus der Zelle herausgelassen, zum Verhör geführt, und gegen 7/7 Uhr konnten wir, die wir uns in keiner Weise gegen das Gesetz vergangen und den Anordnungen der Polizei sofort Folge geleistet hatten, wieder nach Hause wandern.

Hindenburgs Fußtritt

Katzenjammer bei den „Eisernen“.

Ueber die Stimmung, die der Hindenburg-Brief im Lager der „Eisernen“ ausgelöst hat, veröffentlicht der demokratische Dortmunder Generalanzeiger den nachstehenden Bericht:

Der Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Reichsinnenminister Groener, der einer indirekten Aufforderung, das Reichsbanner zu verbieten, gleichkommt, hat in allen maßgebenden republikanischen Lagern in der Reichshauptstadt wie eine Bombe eingeschlagen.

Man zieht eine gewisse Parallele zu dem Kandidaten des Volksblocks, Wilhelm Marx, der im Jahre 1915 im Wahlkampf die Unterstützung des Reichsbanners gefallen ließ und ihm dann bei der ersten Gelegenheit einen Fußtritt versetzte.

Man kann es in politischen Kreisen nicht verstehen, daß der Reichspräsident von Hindenburg, der seinen Sieg vor acht Tagen im wesentlichen dem Reichsbanner und der Eisernen Front verdankt, schon nach so kurzer Zeit Ratgeber, anscheinend aus den Kreisen um den Grafen Westarp herum, folgt und dem Reichsbanner das Verbot androht.

Diese Mißstimmung kam auch in einer Pressebesprechung, die am Spätnachmittag des Sonnabends mit dem Bundesführer des Reichsbanners, Höltermann, stattfand, zum Ausdruck. Auf dieser Pressebesprechung kam es deutlich zum Ausdruck, daß man einen Dank vom Reichspräsidenten erwartet hatte für die tapferen Männer der Eisernen Front, die wochen- und monatelang das Letzte für Hindenburg hergegeben haben, die keine Mühen gescheut haben und die von den Nationalsozialisten überfallen, zusammengestoßen

und sogar erschossen wurden. Stattdessen hat der Reichspräsident in wenig dankbarer Anerkennung diese tapferen Kämpfer für ihn auf eine Stufe mit den mordenden und überfallenden SA-Horden gestellt. Das Reichsbanner und besonders seine einfachen Kämpfer auf dem Lande sind durch diese Gleichstellung mit den SA-Leuten in ihrer staatspolitischen Meinung stark gekränkt. Sie verstehen es nicht, daß der Reichspräsident, der ihre Arbeit in den letzten Wochen kennenlernen konnte, auf diese Weise gegen sie vorgeht.

Politischer Kretinismus

KPD-Antrag in Baden auf Auflösung des Reichsbanners Von der KPD-Zentrale korrigiert

Die jeder Vernunft bare KPD-Thema vom „Sozialfaschismus“ und „die SPD als Hauptfeind“ hat bei der KPD-Führung in Baden zu einer besonders idiotischen Blüte getrieben. Die kommunistische Fraktion im badischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht:

Antrag
Verbot parteipolitischer Selbstschutzformationen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird beauftragt, die parteipolitischen Selbstschutzformationen wie Reichsbanner (einschließlich Unterorganisationen), Eiserner Front, Badenwacht, Stahlhelm, Werwolf usw. im Bereich des Landes Baden sofort zu verbieten, da deren Tätigkeit ausschließlich der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dient und sich dadurch gegen die Interessen der werktätigen Massen richtet.

Karlsruhe, den 14. April 1932.

Lechleiter Bock Böning Klausmann
Langendorf

Dieser Antrag erhält noch eine besonders eigenartige Bedeutung, als am selben Tage auch ein Naziantrag einging, in dem ebenfalls das Verbot der „Selbstschutzformationen, wie Reichsbanner, Eiserner Front, Antifa, Badenwacht“, beantragt wird. Man kann es hier der SPD nicht verdenken, wenn sie von einer „merkwürdigen Zusammenarbeit der KPD mit der NSDAP“ spricht. Die KPD hat also einmal wieder dafür gesorgt, daß sie in den Augen der SPD-Arbeiter als Helfer der Hitlerpartei fungiert.

Politisch noch schwerwiegender ist jedoch die Tatsache, daß die KPD mit dieser „Politik“ die proletarischen Klasseninteressen aufschwerste schädigt, die notwendige Klassenfront des Proletariats zerschlägt. „Gewiß verdient die Politik des Reichsbanners vom Standpunkt der Arbeiterklasse die schärfste Verurteilung. Aber die KPD-Führung sieht in ihrer Borniertheit nicht, daß dieses hindenburgtreue Reichsbanner der Reaktion noch zu „links“, noch zu gefährlich ist, weil es im wesentlichen doch eine Arbeiterorganisation ist. Und just in dem Moment, wo der ganze reaktionär-faschistische Troß unter Führung von Reichwehrgeneral Schleicher die Auflösung des Reichsbanners betreibt, kommt die badische KPD mit ihrem Verbotantrag. Wie seit Jahren, wie beim Preußenvolksentscheid, betätigt sich hier die KPD im wahren Sinne des Wortes als Helfer und Steigbügelhalter der schwärzesten Reaktion.“

Statt die SPD- und Reichsbannerarbeiter von der Schädlichkeit der Politik ihrer Führer zu überzeugen und sie so in die Front des Klassenkampfes zu bringen, schlägt ihnen hier die KPD ins Gesicht und treibt sie fester denn je in die Arme der Wels und Höltermann.

Das von keinem Gedanken, von keiner Ueberlegung beschwerte Handeln der heutigen KPD-Führung wird noch illustriert durch folgendes:

Am 18. April, vier Tage nach dem der KPD-Antrag im Landtag gestellt war und andererseits das feige Zurückweichen des Reichsbannerführers Höltermann vor Groener und Hindenburg bekannt wurde, schrieb das badische KPD-Blatt, die „Arbeiter-Zeitung“, in Mannheim, unter der Ueberschrift: „Verrat der Reichsbannerführer“:

„Was tut das Reichsbanner? Was macht Höltermann, der Führer der „Eisernen Front“? Sie lösen die besonderen Schutzformationen der Reichsbannerarbeiter auf liefernd damit die sozialdemokratischen Arbeiter wehrlos dem Hitler-Faschismus aus.“

Löst Höltermann das Reichsbanner freiwillig auf, so ist das „Verrat und wehrlose Auslieferung sozialdemokratischer Arbeiter an den Hitler-Faschismus“, andererseits stellt man selbst den Antrag auf Auflösung des Reichsbanners. Welcher Arbeiter kann dieser KPD kann solchen „Führern“ noch folgen?

Infolge der von Hitler und seinen SA-Verbündeten in der Reichswehr und der Reichs-

Strafanzeige gegen Sarrasani

Berlin, 20. April 1932

Der Zirkusunternehmer Gleich hat bei der Berliner Staatsanwaltschaft I gegen Direktor Stosch-Sarrasani Strafanzeige wegen verlesender Boleidigung erstatet, weil Direktor Stosch-Sarrasani anlässlich des Antwerpener Zirkusbrandes behauptet hatte, daß das Feuer von Angestellten des Zirkus Gleich angelegt worden sei und daß es sich dabei um den Racheakt des deutschen Konkurrenz-Unternehmens Gleich handelte.

Die kommunistische Landtagsfraktion bezing den schweren Fehler, die Kennzeichnung, die auf die Führer des Reichsbanners und auf das Reichsbanner als Organisation zutreffen, automatisch auf die Reichsbannerarbeiter zu übertragen.

Die Bezirksleitung der KPD beschloß, den Vorsitzenden der kommunistischen Landtagsfraktion, den Genossen

Lehleiter seiner Funktion als Vorsitzenden der Landtagsfraktion zu entheben.

Weitere Maßnahmen wird die Bezirksleitung der KPD in Uebereinstimmung mit dem Zentralkomitee der Partei durchführen“.

Im gleichen Sinne ist auch der Kommentar in der „Roten Fahne“ gehalten. Es ist ein offensichtlicher Schwindel, daß der Antrag „ohne Wissen der Bezirksleitung gestellt“ worden sei. Wer die Verhältnisse in der KPD kennt, weiß, daß das nicht möglich ist. Offenbar ist der Beschluß der Bezirksleitung in Baden erst auf Anweisung des Zentralkomitee in Berlin gefaßt worden. Man wählte diese Form, um mit allzu viel „Sündenböcke“ in die Wüste schicken zu müssen und sich besser ausreden zu können.

Doch das ist weniger wichtig. Entscheidend ist, daß

die wirklich Schuldigen nicht in Baden, sondern beim ZK in Berlin und der KI in Moskau

sitzen. Was in Baden geschah, geschieht seit zwei Jahren in der obersten Führung in hundert anderen Fällen in ganz Deutschland. Es ist die ganz logische Auswirkung der grundfalschen und in ihrer Wirkung konterrevolutionären Linie der KPD und Komintern.

Hier ist das ZK durch die katastrophalen Auswirkungen in einem Einzelfall zur Korrektur gezwungen worden. Aber die Begründung dieser Korrektur und die übliche Konstruierung eines Sündenbocks zeigt, daß die KPD-Strategen nicht daran denken, ihren Unsinn, den sie „Politik“ nennen, aufzugeben.

Nazi-Überfall — Felseneck-Kolonie vor Gericht

Der Nazi-Überfall auf die Arbeiterkolonie Felseneck, eine Laubenkolonie in Reinickendorf-Ost, deren Bewohner als Sozialdemokraten und Kommunisten bekannt sind, ist noch in frischer Erinnerung der Berliner Bevölkerung. Bekanntlich wurde der Kommunist Klemke ermordet, während bei dem anschließenden Zusammenstoß der Nationalsozialist Schwarz erstickte wurde. Der Prozeß begann unter großer Spannung und Teilnahme der Öffentlichkeit am Mittwoch in Berlin-Moabit vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektor Bode. Auf der Anklagebank sitzen 24 Angeklagte, von denen 18 der Kolonistenpartei angehören,

während von den 150 Nazis, die an dem Überfall beteiligt waren, nur sechs unter Anklage stehen.

Die Verteidigung liegt in den Händen von neun Anwälten, die Kommunisten werden von Rechtsanwalt Litten verteidigt. 286 Zeugen sind geladen.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellt Rechtsanwalt Litten den Antrag, den Angeklagten Hohmann als Nebenkläger zuzulassen. Die eigentliche Nebenklägerin müßte die Witwe des ermordeten Klemke sein, da aber das Gesetz eine solche Nebenklage nicht zulasse, könne die Verteidigung der kommunistischen Angeklagten dennoch dem Staatsanwalt die Anklage gegen die Nazis nicht allein überlassen, da er den Sturmbannführer Werner Schulze nicht unter Anklage gestellt hat, obwohl er nach der Anklageschrift der Anstiftung zum Mord dringend verdächtig ist. Rechtsanwalt Litten stellt den Antrag, auf Zulassung der Nebenklage wegen Beschädigung der Laube des Hohmann. Dem Antrag wird trotz Widerspruch der Naziverteidigung stattgegeben.

Dann wird als erster Angeklagter der Nazi Dorst vernommen. Dorst gehörte von seinem 20. bis 22. Lebensjahre der KPD an. Er verließ diese im Oktober 1931 und trat der NSDAP bei. Er gehörte der SA an, und zwar dem Sturm 92 in Reinickendorf-Ost. Dorst berichtet von der SA-Versammlung im Lokal Bergschloß, die am 18. Januar stattfand und vom Sturmbannführer Werner Schulze geleitet wurde. Nach Schluß begaben sich die drei Stürme 92, 93 und 83 in Stärke von etwa 150 Mann nach Reinickendorf-Ost, um angeblich „bedrängte“ Kameraden nach Hause zu bringen. Zehn Polizeibeamte im Auto begleiteten sie. Hierbei wird ein Zusammenstoß zwischen Dorst und Hohmann erwähnt, der sich vor dem Arbeitsnachweis Rödernallee abgespielt hat. Dorst bestreitet, im Verlaufe früherer Feindseligkeiten einmal die Laube Hohmanns mit Steinen beworfen zu haben.

Die Nazis gingen der Beschreibung zufolge im Gänsemarsch auf beiden Seiten den Schönholzer Weg entlang und stießen dann auf die

Kolonie Felseneck. Das Polizeiauto war unterwegs an einer Bahnunterführung abgesetzt worden. Dorst behauptet, in der Mitte des Zuges gegangen zu sein, wer vor und hinter ihm gegangen sei, wisse er nicht. Beim Erreichen von Felseneck hörte er ein „Bumsen“, zwei bis dreimal hintereinander. Faustgroße Steine wurden auf die Laube des Hohmann geschleudert. Darauf wurde die Alarmvorrichtung in Bewegung gesetzt, Gongschläge ertönten. Gleich darauf zehn bis fünfzehn Schüsse. Dorst will gedacht haben, daß auf sie geschossen wurde. Plötzlich kam ein Mann mit einer Latte gelaufen und stürzte sich angeblich auf eine Gruppe von 20 Nazis, auf die er einschlug. Kurz darauf ward der Mann von zehn bis fünfzehn Mann umzingelt, die ihn mit Koppeln und Stöcken bearbeiteten. Der Mann brach zusammen. Gleich darauf ertönte ein Schuß aus der Menge und alsbald darauf der Pfiff des Sturmbannführers Werner Schulze zum Sammeln. Dorst glaubt bestimmt, die SA-Leute Schwarz und Strauch gesehen zu haben, will aber selbst unbeteiligt sein.

Großes Aufsehen erregt die Bekundung, daß beim Erscheinen des Überfallkommandos der Befehl gegeben wurde, die Nazis auseinanderzuknüppeln und wegzutreiben, anstatt sie festzunehmen. Strauch hat sich in Erzählungen gegenüber Dorst und Killock schwer belastet, bezeichnet das aber heute als Renommiererei. Er gibt zu, geäußert zu haben: „Ich habe dem Klemke den Rest gegeben, dabei ist meine Stahlrute zerbrochen.“

Rosenfeld-Versammlung polizeilich aufgelöst

Am Montag abend sprach in Düsseldorf in einer von 800 Personen besuchten Versammlung der Genosse Rosenfeld über das Thema: Proletarische Einheitsfront und Landtagswahlen. Als der Referent, der im Verlaufe seiner Ausführungen starken Beifall fand, die preußischen Polizeizustände an der Hand des letzten Verbots der „Roten Fahne“ erörterte, verlangte der überwachende Beamte, Kriminalkommissar May, daß der Vorsitzende der Versammlung dem Genossen Rosenfeld die Fortsetzung seiner Ausführungen untersagen solle. Der Genosse lehnte das natürlich ab, und darauf erklärte der Beamte die Versammlung für aufgelöst. Die beste Illustration für die viel gerühmten preußischen Polizeiverhältnisse!

Die Auflösung rief allgemeine Empörung hervor und schuf auf der Stelle die Einheitsfront der anwesenden Vertreter aller Parteien. Nun erst recht SAP! Das soll die Antwort sein! Unter dem gemeinsamen Gesang der Internationale ging die Versammlung auseinander.

Die nationalistische SPD

Der Klassenverrat der sozialdemokratischen Führung während des Krieges von Otto Jacobson

1. Fortsetzung

Der bewußte Verrat der Führer 1914

Am Vorabend des Krieges, am 30. und 31. Juli, schreibt die offizielle Presse der Sozialdemokratie noch im Sinne der internationalen Beschlüsse von 1907 (Stuttgart) und 1912 (Basel). Beide Resolutionen ließen keine anderen Konsequenzen für die einzelnen Sektionen der Zweiten Internationale zu als die aktive Bekämpfung eines ausbrechenden Krieges und Umwandlung des Krieges der Regierungen in einen Bürgerkrieg. Beide Resolutionen vermeinten in konsequenter marxistischer Erkenntnis des imperialistischen Krieges den kommenden Kriegen die Ideologie des Verteidigungskrieges. Scheinbar stellte sich die Führung einige Tage vor der Kriegserklärung auf diesen Standpunkt, indem sie durch imposante Massendemonstrationen und Kundgebungen die Massen gegen den Krieg mobilisierte. Aber bereits am 31. Juli, nicht Uhr abends, läßt das Kriegskabinetorium unter Nr. 64 gg A I folgende Mitteilung an die Generalkommandos usw. herausgehen:)

„Nach sicherer Mitteilung hat die sozialdemokratische Partei die feste Absicht, sich so zu verhalten, wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen geziemt. Ich halte es daher für meine Pflicht, dies zur Kenntnis zu bringen, damit die Militärbefehlshaber bei ihren Maßnahmen darauf Rücksicht nehmen.“

Es müssen also bereits im Verlaufe des 31. Juli Besprechungen direkter oder doch indirekter Natur zwischen Vertretern der Parteiführung und der Regierung stattgefunden haben, in denen von seiten der Sozialdemokratie erklärt worden ist, daß eine Kriegsabotage irgendwelcher Art nicht in Frage komme, ja aus dieser Mitteilung geht hervor, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger auffordern würde, sich in die Kriegsfrente einzureihen.

Obgleich in der Fraktionssitzung die Bewilligung der Kriegskredite nur mit 78 Stimmen beschlossen war, stimmte die Fraktion im Plenum des Reichstages geschlossen für die Kredite. Der in der deutschen Sozialdemokratie überkultivierte Gedanke einer Disziplin um jeden Preis hatte gesiegt. Der Disziplin wurden alle Bedenken, auch die grundsätzlichen, untergeordnet. Selbst Karl Liebknecht — dessen historische Bedeutung gerade in der Propagierung und Wiederaufnahme des Klassenkampfes gegen die Regierung lag — unterwarf sich der Disziplin. Die am 4. August von der Fraktion eingenommene Haltung hatte logischerweise zur Folge die Aufgabe des Klassenkampfes im Innern, die Herstellung des Burgfriedens, die Tolerierung des Klassenfeindes. Mit andern Worten: Bündnis zwischen Arbeiterorganisationen und den Unternehmern einerseits, der Arbeiterklasse und der Regierung andererseits. Die Unterbindung jeglicher Kampfmaßnahmen um wirtschaftliche Dinge im Interesse der Arbeiterklasse, ganz abgesehen von Kämpfen um politische Forderungen, wie: endliche Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen usw. Wie ernst die Führer der Arbeiterbewegung die Unterstützung der Regierung während des Krieges nahmen, beweist allein schon die Tatsache, daß die Gewerkschaftler stolz darauf waren, daß in den ersten drei Monaten des Krieges aus den Gewerkschaftskassen 16 Millionen Mark an Unterstützungen gezahlt wurden, an diejenigen, die auf Grund des Kriegsausbruches in Not geraten waren.)

Die Bejahung der Burgfriedenspolitik, das Einschwenken in die Front der „Landesverteidigung“ sowie die Bereitschaft, die Arbeiterorganisationen für die Kriegsführung zu mobilisieren, ist nicht nur bedingt durch das Bekenntnis zum „Verteidigungskrieg“, sondern bei vielen bestimmt durch die Sorge um den Bestand der Organisationen; d. h. die Angst vor der Zerschlagung der Organisationen und der Illegalität spielt eine dominierende Rolle. So schreibt u. a. der Gewerkschaftsführer Ullbrecht:)

„Die Gewerkschaften waren in jenen Tagen von zwei Seiten bedroht, von den öffent-

lichen Gewalten und von der Kriegspanik.“ Von den öffentlichen Gewalten war zu befürchten, daß sie den Kriegszustand benutzen würden, sich der vor dem Kriege so zahlverfolgten Gewerkschaften mit einem Schläge zu entledigen. Es wurde deshalb in Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern Klarheit darüber verlangt,

wie es mit der Sicherheit der Organisationen während des Krieges bestellt sei. Die Antwort der Regierung lautete in jeder Hinsicht befriedigend: Wir denken nicht daran, Ihnen zu Leibe zu gehen, falls Sie uns keine Schwierigkeiten machen; denn wir sind froh, große Orga-

nisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen kann.“

Dieses bezeichnende Dokument gewerkschaftlicher Einstellung und Politik wird wirkungsvoll unterstützt durch den Diktator der Gewerkschaftsbewegung Karl Legien. (Weitere Artikel folgen.)



Berggrutsch bei Cochem

Cochem a. d. Mosel, 29. April 1932.

Der schon seit Jahren drohende große Berggrutsch bei Cochem ist in den Abendstunden des Dienstag eingetreten. Schon während des ganzen Nachmittags befand sich das Bergmassiv in ständiger Unruhe. Gegen 23 Uhr ist die Hauptmasse des in Bewegung befindlichen Berges — etwa 10 000 Kubikmeter Erd- und Felsmasse — unter großem Geräusche abgestürzt. Die benachbarten Moselorte wurden in mächtige Staubwolken eingehüllt. Eine vor dem Haupteinbruch des Bergmassivs befindliche Schreinererei wurde vollständig hinweggefegt. Die zentnerschweren Steinblöcke liegen meterhoch auf der Provinzial-Landstraße. Große Teile der Gesteinsmassen sind in die Mosel gestürzt. Eine große Menschenmenge umlagert die Einsturzstelle. Die Fernlichtleitungen sind zum großen Teil durchgeschlagen, so daß die nahen Moselorte ohne Licht sind. Der Fahr- und Fußverkehr auf der Provinzial-Landstraße ist vollständig gesperrt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Große Kindersterblichkeit in Frankreich

Paris, 20. April 1932

Das Statistische Landesamt Frankreichs veröffentlicht jetzt die endgültigen Zahlen über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1931, woraus sich ein Geburtenüberschuß von 49 000 ergibt. Gegenüber dem Jahre 1930 bedeutet dies einen Rückgang von etwa 50 000. Von 730 000 Lebendgeborenen Kindern starben 55 000 vor der Vollendung des ersten Lebensjahres und 625 000 nach der Vollendung des ersten Lebensjahres. Außerdem sind 24 000 Totgeburten zu verzeichnen, 326 368 Ehen wurden geschlossen und 21 212 Scheidungen ausgesprochen. Diese letzten beiden Zahlen decken sich ungefähr mit denjenigen aus dem Jahre 1930.

Selbstmord im Park

Berlin, den 20. April 1932.

Am Dienstag wurde in den Abendstunden die Feuerwehr nach Britz gerufen. Dort hatte sich in den Parkanlagen an der Rudower Allee ein unbekannter Mann erhängt. Die Feuerwehr brachte den Leblosen zunächst in ein Krankenhaus.

Wegen eines Sommerhäuschens?

Berlin, den 20. April 1932.

Die Filmschauspielerin Martha Reich hat sich am Dienstag früh in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet. Sie hatte sich von ihren Ersparnissen ein Sommerhäuschen in Zepernick erworben. Hierbei soll sie betrogen worden sein, was sie sich so zu Herzen nahm, daß sie den Entschluß faßte, aus dem Leben zu scheiden.

Großfeuer im Marine-Arsenal

Buenos Aires, 20. April 1932

Im Marine-Arsenal von Buenos Aires brach am Dienstag ein Großfeuer aus, das sehr rasch um sich griff und ungeheuren Schaden anrichtete. Zuerst ereignete sich eine Reihe von schweren Explosionen, die in der ganzen Stadt hörbar waren. Kurze Zeit darauf stand ein Lagerschuppen in hellen Flammen. Trotzdem sofort mehrere hundert Mann Feuerwehr eingesetzt wurden, fraß sich das Feuer rasend schnell weiter. Bald standen sechs Lagerschuppen in Flammen, die mit Holz, Farben und Lebensmitteln angefüllt waren. In einem Gebäude befanden sich mehrere Sauerstoffbehälter, die mit lautem Knall explodierten. Erst nach mehreren Stunden gelang es den Wehren, ein weiteres Ausbreiten des Feuers zu verhindern.

Motorschiff rettet Besatzung eines Dampfers

Hamburg, 20. April 1932

Das auf der Ausreise nach Ostasien befindliche Motorschiff der Hapag „Kulmerland“ hat am Dienstag auf der Höhe von Vigo die aus 23 Personen bestehende Besatzung des leckgesprungenen und gesunkenen lettischen Dampfers „Selonija“ gerettet. Das Motorschiff „Kulmerland“ wird die gerettete Besatzung in seinem nächsten Anlaufhafen, Genua, landen.

Ein echter Tizian entdeckt?

Wien, 20. April 1932

Bei der Pfändung eines Bildes aus der Kunstsammlung eines Kommerzienrates wurde von Kunstgelehrten und Sachverständigen festgestellt, daß es sich nicht um ein Kunstwerk aus der Schule Tizians handele, wie bisher angenommen worden war, sondern um einen echten Tizian. Das Bild stellt einen alten Mann dar. Der Direktor der Akademie der bildenden Künste, Dr. Eigenberger, einer der ersten Fachleute, soll erklärt haben, daß es ein Ausschnitt aus einer ganzfigurigen Hieronymus-Darstellung sei, die einem in Mailand befindlichen Gemälde ähnlich ist.

Die Einheit marschiert!

Jeder Tag beweist die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront gegen Kapitaldiktatur und Faschismus aufs neue. Aber noch immer stemmen sich verbohrt Parteibürokraten gegen alles, was eine wirklich überparteiliche Einheitsfront fördern kann. Um so erfreulicher ist es, daß da, wo die Bürokratie keinen oder nur geringen Einfluß hat, das Fundament für eine breite Einheitsfront gelegt wird. In diesem Sinne ist der

Zusammenschluß des Arbeitervereins für Geburtenregelung (AfG), der Gesellschaft für Sexualreform (Gesex) und der Ortsgruppe Berlin des Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sexualhygiene (Groß, Hodann) zu einem Gau Groß-Berlin des RV

zu begrüßen. Dieses Resultat ist dem AfG zu danken, der sich um den Zusammenschluß unablässig bemühte und ihn auf einer außerordentlichen Verbandstagung mit 37 gegen 11 Stimmen beschloß.

Auf dieser Tagung des AfG wurde von dem Charlottenburger Delegierten ein Antrag eingebracht, der die Vereinigung mit der Gesex und dem RV als einen Schritt zur Schaffung der Einheit der Sexualreformbewegung begrüßt und im Interesse der breitesten Einheitsfrontbewegung gegen Kulturreaktion und Faschismus jede Spaltungspolitik als schädlich für die überparteilichen Massenorganisationen ablehnt. Dieser Antrag wurde bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

Im Anschluß daran erfolgte die gemeinsame Tagung der oben genannten Organisationen, um die beschlossene Vereinigung zum Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene e. V., Gau Groß-Berlin, praktisch zu vollziehen und nunmehr gemeinsam die bisherigen Aufgaben und Ziele zu verwirklichen. In fast einmütiger Übereinstimmung wurden die drei Tagesordnungspunkte — die Aufgaben, die Schaffung einer provisorischen Geschäftsordnung bis zur nächsten Gaukonferenz im Juni und die Neuwahl der gesamten Gauleitung — behandelt. In den Beirat der Gauleitung wurde auch ein Charlottenburger Genosse gewählt.

Diese Vereinigung beweist, daß die Kräfte zur Schaffung der Einheit gegen jegliche Spaltungspolitik der überparteilichen Massenorganisationen zur Bekämpfung von Reaktion und Faschismus sich durchzusetzen imstande sind.

Jeder revolutionäre und klassenbewußte Arbeiter muß solche Entwicklung zur Einheit unterstützen

und fördern, weil sie der Stärkung im Kampf gegen Kulturreaktion und Faschismus dient.

Die KPD kann es aber infolge ihrer ultralinken Politik auch hier nicht unterlassen, einen eigenen Laden aufzuziehen. Damit fördert sie nicht die Einheit, sondern hindert sie, macht sie unmöglich, weil ihre verhängnisvolle Politik zu immer neuen Spaltungen führt. So hat man auch in Berlin alle Erdenkliche aufgeboten, um in den einzelnen Bezirken, wie in Tegel und Wedding, Abspaltungen vom AfG vorzunehmen, nachdem man in Reinickendorf-West und Charlottenburg damit begonnen hatte. Dabei werden die einfachsten Grundgesetze einer proletarischen Organisation mit Füßen getreten. Die proletarische Demokratie: die Unterordnung einer Minderheit unter eine Mehrheit gilt für die KPD dann nicht, wenn sie in der Minderheit ist. Selbst von Lenins Lehren wollen die Linken-Kommunisten nichts mehr wissen. Darum ist es auch kein Wunder, daß sie revolutionäre, im täglichen Klassenkampf stehende Arbeiter als „Reformisten“ beschimpfen, weil ihnen sogar Lenin-Zitate als reformistisch erscheinen. Für sie gilt nur eins: sich als Minderheit „selbständig“ zu machen, sich eigenen Laden aufzuziehen, wie es so schön einem uns zugewandenen Rundschreiben heißt. Daß sie sich mit so unkommunistischen Methoden nur von den Massen isolieren, begreifen sie nicht.

Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Menschengruppen überall entgegenzutreten, die Abspaltung zu verhindern und dafür kämpfen, daß es wirklich zur Einheit der Sexualreformbewegung im Kampf gegen Kulturreaktion und Faschismus kommt.

1) Bericht des Grafen Montgelas im Untersuchungsausschuß Heft 2, S. 74.

2) „Die deutschen Gewerkschaften im Krieg“, S. 21

3) „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg“, v. E. David, S. 14

Das moderne Auto mit Schwingachsen und Vorderradtrieb

Im Automobilbau setzt sich voraussichtlich in bezug auf Antrieb und Lagerung des Wagens eine wesentliche Neuerung durch. Es erfolgt eine Umstellung in der Konstruktion in der Weise, daß an Stelle des Hinterrad-antriebes der Vorderradtrieb und an Stelle der starren Achsen Schwingachsen eingeführt werden. Die hiermit erzielte Verbesserung ist durch hinreichende praktische Versuche bestätigt worden und sind somit für den Automobilbau neue Wege aufgezeigt. Der Grund für diese neuartigen konstruktiven Arbeiten ist in dem Bestreben zu sehen, eine größtmögliche Fahrtsicherheit sowie eine möglichst gleichmäßige Leistungsausnutzung zu erreichen. Das jetzt neu ausgearbeitete Antriebsaggregat mit Schwingachsenantrieb soll diesen Anforderungen besser gerecht werden.

Der heutige Wagentyp hat Hinterradtrieb und feste Achsen, letztere natürlich entsprechend abgedeckt vom Rahmen. Für die neue Wagenkonstruktion sind nun Schwingachsen und Vorderradtrieb vorgesehen. Die Schwingachsen stellen eine Kombination von Querfeder, Schwinghalbachsen und Schwingarmen dar. Die Räder werden hierbei durch die Querfedern abgedeckt, stehen mit den Schwinghalbachsen in direkter Verbindung, und erhalten eine sichere Lagerung und Führung durch unterhalb der Achsen angeordnete Schwingarme.

Die Vorteile, die sich dadurch herausstellen, liegen vor allem in der Verlegung des Schwerpunktes nach unten, durch tiefere Lagerung des Rahmens und der Karosserie. Außerdem kommen in Wegfall das schwere Hinterachsgelände und die Vorderachse, womit eine erhebliche Gewichtsersparnis eintritt.

In Verbindung mit dem Schwingachsenantrieb ist gleichzeitig noch das Problem des Antriebes selbst gelöst worden. Die Frage: „Welcher Antrieb ist zweckmäßiger, Vorderrad- oder Hinterradtrieb?“, hat jetzt eine Beantwortung gefunden. Alle konstruktiven Schwierigkeiten wurden überwunden und es ist nunmehr der Vorderradtrieb geschaffen worden. Das Auto wird demnach nicht mehr geschoben, sondern gezogen und sind sämtliche Triebwerksteile nach vorn verlegt. Durch praktische Versuche wurde auch hier das Ergebnis gezeigt, daß der Wagen ruhiger und sicherer in Fahrt liegt und auch in der Kurve eine erheblich höhere Geschwindigkeit einhalten kann. Schlechte Pflaster geben keinen Anlaß mehr, die Geschwindigkeit zu drosseln und kann daher auch die Leistungsausnutzung gleichmäßiger vor sich gehen. Für die Durchschnittsfahrer also achtbare Vorteile, da hierbei Routine und Geschicklichkeit durch sachliche Momente, die in der neuen Konstruktion liegen, ersetzt werden. Beim Schwingachsen-Vorderradtriebswagen liegen also sämtliche Antriebssteile vorn. Es ist daher auch der Weg der Kraft vom Motor bis zu den Vorderrädern kürzer und läßt sich auch bei niedrigen Drehzahlen eine ruhige Leistungsabgabe erreichen. Vor dem Motor sind angeordnet das Schaltgetriebe und das Differentialgetriebe, letzteres fest verbunden mit dem Rahmen. Vom Differential erfolgt der Antrieb der Vorderräder durch Schwinghalbachsen; mittels Doppelgelenke ist eine Verbindung der

Vorderräder mit der Querfeder und den unteren Schwingarmen hergestellt, so daß sicherste Führung erzielt wurde.

Der Schwingachswagen mit Vorderradtrieb stellt somit den modernen Wagentyp dar und es ist anzunehmen, daß bei weiterer Verbesserung der Einzelheiten der Automobilbau eine Umstellung erfahren wird.

Die herrschende Wirtschaftskrise greift hier natürlich hemmend ein und verhindert das kapitalistische Chaos vollwertige Ausnutzung und Nutzbarmachung dieser Neuerungen. Erst der Arbeiterklasse wird durch die Erkämpfung der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Basis für die zweckmäßige Verwendbarkeit aller Erfindungen geschaffen. K. M.

Die SPD Kriegs- und Hindenburg-Partei

Im „Abend“-Vorwärts vom 16. April zeichnet ein SPD-Agitator in einem Artikel „Porträts vom Lande“ in Wirklichkeit ein Porträt der Schande der SPD, wie es der schärfste Gegner der SPD nicht besser tun könnte.

Die Braun-Rede im Sportpalast hatte all-nationalistischen Schleißen in der SPD geöffnet. So spielt denn unser SPD-Landagitor in einer Diskussion mit einer Nationalsozialistin kräftig die nationale Waize. Er bekennt stolz die Bereitschaft der SPD, das kapitalistische Vaterland zu verteidigen und schreibt:

„Ich greife in mein Referentenmaterial und lese ihr dann zum Vergleich folgende Sätze vor, die August Bebel am 7. März 1904 im Reichstag gesprochen hat: „Meine Herren! Sie können künftig keinen siegreichen Krieg ohne uns schlagen. Wenn Sie siegen, siegen Sie mit uns und nicht gegen uns. Ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen. Ich sage noch mehr: Wir haben das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerrt werden sollten sind wir bis zum letzten Mann und selbst die Aeltesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen, um unsern deutschen Boden, um dieses unser Vaterland, unser Heimatland, zu verteidigen.“

Es ist bezeichnend für die SPD, daß sie heute von August Bebel nichts anderes anzuführen weiß als dieses Zitat. Sie hat ganz vergessen, daß es einen Bebel gab, der kurz zuvor auf dem Dresdner Parteitag 1903 erklärt:

„Ich bin und ich bleibe der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft.“

Das war der wirkliche Prolet, trotz aller seiner Fehler.

In seiner Stellung zur nationalen Frage hat Bebel und mit ihm die ganze Vorkriegs-Sozialdemokratie schwer geirrt. Die Arbeiterschaft hat diesen Irrtum bezahlt mit dem 4. August 1914, mit der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und der Internationalen, mit schweren Niederlagen und ihrer jetzigen Terrissenheit. Und gerade jetzt, wo schon der Donner des kommenden Weltgemetzels sein dumpfes Grollen vernehmen läßt, ausgerechnet jetzt weiß die SPD nichts Besseres zu tun als die nationalistische Kriegswalze erneut und stärker als je zu spielen. Ein neuer und schlimmerer 4. August

kann nur das einzige Ergebnis dieser Politik sein.

Aber nicht minder interessant ist das unfreiwillige Eingeständnis des SPD-Agitators über die SPD als Hindenburg-Partei. Hier schreibt er:

„Ich trinke eine Tasse Kaffee und plaudere mit meiner Wirtin, Frau W. Unser Gespräch nimmt seinen Ausgang von der Präsidentenwahl. Frau W. hat Hindenburg gewählt, wie sie mir sofort mitteilt. Ich erzähle ihr, daß ich in der vergangenen Woche im Kreise Schlochau für die Wahl Hindenburgs agitiert habe. „Dann sind Sie ja von meiner Partei“, ist ihre Antwort. Frau W. fragt nach meinen Absichten hier in Flatow. Ich erzähle ihr von dem Wahlkampf für die Preußenwahl. Früher, so spinnt sich der Faden unserer Unterhaltung weiter, habe sie selbstverständlich deutschnational gewählt. Sie sei eine einfache Frau, die von Politik nichts verstehe. Aber Hindenburg kenne man doch, Hitler kenne man nicht, und deshalb müsse man doch jetzt die Hindenburg-Partei wählen. Hindenburg sei rechtlich und gottesfürchtig; folglich müsse man bei den Preußenwahlen ebenfalls die Hindenburg-Partei wählen. Die Hindenburg-Partei — es bedarf längerer Ausführungen, um ihr klar zu machen, daß die Verhältnisse denn doch nicht ganz so einfach sind.“

Ja, wir glauben, daß es diesem „sozialistischen“ Agitator nicht so ganz leicht ist, dieser Frau und den Arbeitern klar zu machen, wie es kommt, daß heute die SPD die wirkliche Hindenburg-Partei ist.

Welchem ehrlichen SPD-Arbeiter steigt hier nicht die Schamröte ins Gesicht? Für ihn gibt es nur eine Antwort: Schluß mit der Kriegs-Hindenburg-SPD und am 24. April eintreten für die Sozialistische Arbeiterpartei. In Preußen

Liste 18

Friedrich Fröbel

(Zum 150. Geburtstag des großen Kinderfreundes.)

Wir können uns heute überhaupt nicht mehr vorstellen, daß es einmal — es ist noch keine hundert Jahre her — eine Zeit gegeben

Professor Gelik teilt von seinem Lehramt zurück



Professor Emil Orlik,

der bekannte Maler und Graphiker, wird nach 27jähriger Lehrtätigkeit an den vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin mit Abschluß des Sommersemesters von seinem Lehramt zurücktreten.

hat, in der man noch nichts von Kindergärten wußte. Nicht einmal das Wort „Kindergarten“ kannte man damals, denn das hat erst im Jahre 1836 ein Mann geprägt, den die bürokratischen Schulmänner für einen gefährlichen Revolutionär ansahen: Friedrich Fröbel. Dieser Mann hatte eigentlich überhaupt kein Recht, über Kindererziehung zu sprechen, denn er war das, was man heute eine verfehlte Existenz nennen würde. Er hatte als kleiner Försterlehrling angefangen, studierte später Mathematik und war ein paar Jahre lang Sekretär eines Landedelmannes; später hat er noch die verschiedensten Berufe ausgeübt. Dabei ist er mit Pestalozzi zusammengetroffen, der als einer der ersten entdeckt hatte, daß ein Kind doch schließlich auch ein Individuum ist, ein Mensch mit starkem Geltungswillen und Beschäftigungstrieb. Fröbel fand bald Gelegenheit, in Blankenburg in Thüringen einen solchen Garten für Kinder zu gründen. Fortschrittlich gesinnte Menschen schlossen sich ihm an und sorgten für Verbreitung des großen Gedankens. Im Jahre 1851 aber, ein Jahr vor Friedrich Fröbels Tod, wurde das gesamte Werk mit einem Schläge zertrümmert. In dieser Zeit wurden in Preußen und anderen deutschen Ländern die Fröbelschen Kindergärten verboten.

Aber der Gedanke ließ sich nicht mehr unterdrücken. Er schlummerte weiter, bis er eines Tages mit doppelter Kraft erwachte und die Pädagogen aller Länder mit sich riß.

TARASSOFF-RODIONOFF SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original angefertigt und ohne Aenderungen übersetzt von Alexandra Rammo Copyright by Franz Piemert, Berlin-Wilmersdorf.

29. Fortsetzung

Glaubst du, die Nüsse fallen dir ohne Schalen von selbst vom Himmel in den Mund? Willst du nicht, des Wunderpferdes wegen und um dich von dem Herrn zu retten, noch eine Weile hungern und, wenn es notwendig sein soll, das letzte Stück Brot mit den anderen teilen, dafür aber ohne Gutsherrn und Kaufleute leben?! Ueberlege es dir!

Der Bauer krümmt sich, schnauft und winkt dann mit der Hand.

Na, Bruder, wenn es nur eine kleine Weile dauert, warum denn auch nicht?! An den Hunger brauchen wir uns nicht zu gewöhnen, da sind wir Gelehrte: sieh, wie mein Bauch einrefüllt ist. Mag es sein, wie du sagst, es ist doch nicht mehr zum Aushalten. Aber du, Bruder, schwindest du auch nicht?

Vor mir brauchst du keine Angst zu haben. Ich leide nicht weniger Hunger als du. Wir wollen eben zusammen kämpfen und zusammen dann teilen. Vielleicht kannst du schon jetzt mit mir ein Stückchen Brot teilen; komm, folge mir, nur etwas lebendiger, nicht so schläfrig.

Traurig nimmt der Bauer aus dem Busen ein Fändchen Brot, bricht es entzwei und überlegt lange, welches Stück das größere ist, um Sudin das andere zu geben; doch plötzlich entdeckt er, wie Sudin ihn beobachtet, und reicht ihm entschlossen die größere Hälfte, dann trottet er ungeschickt hinter Sudin im klebrigen Schmutz. Sudin bewegt die Beine lustig, sie fest aus dem aufgeweichten Lehm hochziehend. Der Bauer hält kaum mit ihm

Schritt. Atmet schwer, bleibt stehen und holt ihn wieder ein, den taugigen Schweiß mit der Hand sich vom Gesicht trocken ad.

Ach, Freudenchen, hetz doch nicht so, ein bißchen gemütlicher. Man kann ja mit dir gar nicht mitkommen. Ich bin auch vor Hunger so abgemagert, das Brot, das ich dir abgab, das war das letzte, ich habe es schon lange bei mir aufbewahrt, na, da magert man schon ab.

Macht nichts, nimm dich zusammen; man muß sich beeilen, sonst werden wir keinen Erfolg haben. Ich bin nicht weniger eingefallen als du, da ich dich um Brot bat, aber schau mal, wie ich gehe; man muß für alles Verstand haben. Sudin versucht das erhaltene Stück Brot in die Tasche zu stecken, aber es geht nicht hinein, etwas hindert darin — was ist es denn? Sudin steckt die Hand in die Tasche und nimmt heraus — ein Stück Schokolade. Der Bauer starrt auf die Schokolade mit wutentbranntem Blick.

Was ist das? Du hast mich betrogen?! Hast mir das letzte Stück Brot abgelockt und hast Bonbons in der Tasche!

Freund, das ist Zufall . . .

Du lügst!

Sudin zittert hilflos. Er wird es nicht verstehen, er wird mir nicht glauben. Verloren!

Er beginnt zu rennen, fällt in den Schmutz, steht auf und rennt wieder und fällt wieder. Er ist vom Kopf bis zu den Füßen mit klebriger brauner Masse bedeckt . . . ist das Lehm? oder Schokolade? . . . er weiß es selbst nicht. Wird er es erreichen, wird er aus dem Netz des endlosen herbstlichen Regens hinauskommen? Seine Beine werden immer schwächer, belastet von dem dicken Brei der aufgeweichten Erde. Der heisere Atem des Bauern kommt immer näher und näher. Nein, er kann nicht entkommen.

Nein, ich kann nicht entkommen! sagt Sudin laut und öffnet die Augen. Im Zimmer ist es noch immer still und leer, nur eine elektrische Birne brennt monoton. Sudin überkommt ein leichter Schüttelfrost. Er erhebt sich.

Wie ist es nur alles gekommen? Was hat er gemacht? Worin besteht sein Vergehen? Warum beraten sie dort so lange? Und wie wird ihr Beschluß sein? Werden sie ihn erbarmungslos ermorden, ermorden für ein unbedachtes Versehen? — er erinnert sich auf einmal des Schustry, an dessen „revolutionäre Gerechtigkeit!“

Er legt sich wieder unausgezogen aufs Bett, mit dem Gesicht nach oben und schließt die Augen fest mit beiden Händen.

Was ist das nur für eine verfluchte Schokolade, die ihn so hartnäckig verfolgt?! Sein Kopf beginnt sich mit einem kreisenden Lärm zu füllen, der beruhigt und gleichzeitig beunruhigt, wie das Rauschen eines Wasserfalls, wie das Rauschen eines Waldes. O, dieser Sudin seit frühester Kindheit so bekannte Lärm, der ihm so verwandt ist, wie einem ergrauten Zuchthäusler das Klirren der Ketten. Sudin kennt alle seine Feinheiten, alle seine Nuancen, die einem anderen nicht wahrnehmbar sind.

Hier steht er als blasses mageres Kind, als ein gehetztes wildes Tierchen mit grauen Löchern anstatt Augen und vorgestreckten Lippen, und schon tönt ihm der bekannte Lärm in die Ohren, das rauschende Liedchen sch—sch—schu—schachu—schschu. Sudin lächelt: er weiß, was das ist, er kennt das, das sind die Treibriemen in der Fabrik. Sie kreisen und lärmern und laufen und rauschen.

Mit schwachen Händchen hält er den Widerstand und sieht, wie ein glühender eiserner Splitter an seinen Händen vorbei auf seine nackten Füße fällt und sie verbrennt. Die schmutzige, alte zersplitterte Drehbank zittert vor Erschütterung durch den Riemen, der unter der Decke auf der sich drehenden Laufrolle der Walze umgelegt ist. Der große halbdunkle Kellerraum ist muffig, unfreundlich, schmutzig und leer. Außer dem gebrechlichen, verlassenem Werkstück und dem kleinen Sudin befindet sich nichts mehr im Raume. Nein, natürlich ist noch einer da. Der Meister. Er schlummert auf einem zerbrochenen Scherel neben dem Werkstück halb besoffen

und nur von Zeit zu Zeit reißt er seine verschlafenen Augen auf und mit dem Blick eines Gefängniswärters fährt er das Kind an:

„Arbeite, du Lämmel! Arbeite, Kanaille, faulenze nicht! sonst werde ich dir die Ohren abreißen!“

Der Bart des Meisters ist zerzaust und hängt wie Filz, und vom Siff ist er wie mit allerhand Kehricht vollgestopft. Sein geschwollenes Gesicht sieht elend aus. Ueber dem rosa Kattunhemd trägt er eine Weste mit silberner Kette. Auf den nackten Füßen trägt er Lederpantoffeln. Der Meister ist schwach, kränklich und hager, wie sein zusammengeschrumpfter Werkstück. Aber kaum schließt Sudin die vor Müdigkeit zufallenden Augen, als ihn im Nu ein Stoß der knochigen Faust des Meisters ins Genick trifft und ihn aus dem süßen Schlummer herausreißt, in den ihn der Gesang des Riemens gewiegt hatte.

„Arbeite, du Teufelspuppe. Ich werde dir zeigen, zu schlafen, du Hundesohn. Wenn du mir nicht dreißig Spunde am Tage fertig machst, ziehe ich dir die Haut vom Leibe herunter!“

Eine Wand, bestehend aus vergitterten Fensterrahmen, trennt die Werkstatt durch ein Gewebe kleiner verstaubter Scheiben von der übrigen Welt, die dort irgendwo jenseits des Hauses liegt. Einmal, als der Meister nach einem längeren Rausche fest eingeschlafen war, ließ Sudin das Lenkseil leer laufen und sah sich den angrenzenden Raum mal näher an. Dort standen viele neue, sauber blinkende Maschinen, wie in festlichen Kleidern standen sie da und sangen alle mit dünnen Stimmchen. Neben ihnen ging ein vornehm gekleideter Herr auf und ab, im steifen Kragen mit bläulicher Krawatte, in einer Weste und Hose, mit schönen Schuhen, mit einem Käppchen auf dem Kopfe und einer Zigarre im Munde. Er drehte die Hebel bald an der einen, bald an der anderen Maschine und beobachtete, wie sie aus ihren Bächen Massen verschiedener Ware schleuderten, sie selbst in gleichgroße Kisten verpackten und mittels eines Bandes zur Tür hinaustrugen.

Dalsburg

Vertreterversammlung des DMV. Die SPD-Fraktion hatte in mehreren Sitzungen vorgeschaltet. Die Versammlung war schlecht angesetzt, zumal die „Eiserne Front“ am selben Tage „Propaganda machen mußte“. Aus diesem Anlaß wurde die Tagesordnung mittels der SPD-Mehrheit umgestellt, damit man die Wahl der Verbandstags-Delegierten unter Dach und Fach bringen konnte. Wenn die Opposition die satzungsgemäße Forderung stellte, daß die Wahl der Verbandsdelegierten durch Urwahl zu erfolgen habe, so nennt man die Antragsteller laut „Vesti“ vom 19. April Diktatordemokraten. Also, diejenigen, welche die Demokratie abbauen, sind „Wahrhafte Demokraten“? Zu solchen Feststellungen gehört schon eine gute Portion Zynismus! Der Vorstand, daß die Urwahl zu viel Kosten verursacht, ist für einen Verwaltungsapparat, welcher im letzten Vierteljahr etwa 21 bis 22 Tausend Mark für Agitation und Flugblätter verausgabt hat eine jämmerliche Feststellung! Die demagogische Verquickung der Opposition mit Hitler kann man nur von Leuten erwarten, welche Arm in Arm in der „Eisernen“ mit dem Bürgertum marschieren. Um alle Unsachlichkeit zu verdecken, spricht die SPD-Linie von niedrigerem „Niveau“ der Opposition! Als ob... die ganze Veranstaltung von Seiten der SPD-Fraktion „Niveau“ gehabt hat. Mit solchen „Mätzchen“ kann man keine Opposition töten!

Wuppertal

Zur Preußenwahl spricht Freitag hier der Herausgeber des „Anderen Deutschland“, Genosse Fritz Künter, Berlin. Es ist Pflicht der Genossen, mit allen Kräften für die Versammlung zu agitieren.

Flörsheim (Main)

Gipfel der politischen Verwirrung! Die eiserne Front veranstaltete anlässlich der Preußenwahlen eine Kundgebung. Der Rathenauplatz war mit einigen Hundertschaften Reichsbanner belegt. Schon während der Kundgebung kam es wiederholt zu Plänkeleien zwischen Schuft und Einwohnern. Als nach Schluß die einzelnen Reichsbannerabteilungen abmarschierten, kam es zwischen einem Trupp aus Hochheim und Kommunisten aus Flörsheim und Rüsselsheim zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf der Kommunist Nöpl aus Rüsselsheim einen tiefen Stich in die Herzgegend erhielt, an dessen Folgen er nach wenigen Minuten starb. Wie vielch dieser Messerheld sich gebürdete, beweist, daß er dem Sterbenden noch einen Stich in den Kopf versetzte. Außerdem wurden noch einige andere Personen teils leicht, teils schwer verletzt. Wie sich die Einzelheiten abspielten, wird die Gerichtsverhandlung ergeben. Dieser Fall beweist wieder einmal, wie die deutsche Arbeiterschaft zerrissen ist. Arbeiter aller Parteien, vereinigt euch, das ist das Gebot der Stunde. Unser gemeinsamer Feind ist das kapitalistische System. Macht Schluß mit dem Bruderkampf. So darf es nicht weitergehen.

Lübeck

Im „Lübecker Volksboten“ sausen die Blitze nach dem „zweiten Hieb“, daß man seine eiserne Freude daran haben kann. Aber das Lächerliche folgt dem „Erhabenen“ auf der Spur: der einstmalige linke Fritz Schmitz als Hofnarr der Eisernen Front. Mit welcher Leidenschaft hat er, der Pazifist, für den General geworben. Das konnte sich der Offizier in der Redaktion, sein Chef Leber, sicher nicht besser wünschen. Das war jene an Masochismus grenzende Hingabe, die er uns bei unserm Eintreten für Hindenburg vorwarf. Die Nazis haben nun zwar 4000 Stimmen gewonnen, die Hindenburg 1000. Was macht das schon: Lübeck steht zur Eisernen Front. Zu dieser Front gehört auch Herr Senator Hans Ewers, der nach der Wahl im „Generalanzeiger“ grausam auf seine Kolationsgenossen einhieb. Er meinte, die SPD hätte doch nur aus Schwäche für Hindenburg gestimmt, es gezieme ihr nicht, von einem SPD-Sieg zu sprechen, ihr gezieme: Demut und Bescheidenheit. Das ist dem L. V. mächtig in die Knochen gefahren. Fritz mußte eine witzig sein sollende Erwiderung schreiben. Aber nur nicht zu hart, denn die Gelder, die der Hindenburgausschuß gab, verpflichten immerhin. Außerdem hatte Ewers ja recht. — Die Lübecker Kommunisten sagen gar nichts mehr. Das ist für sie nach ihrer katastrophalen Niederlage in Lübeck, nach ihrem haufenweisen Überlaufen zum Hitlerfaschismus, zweifellos das Gescheiteste. Hoffentlich bleiben sie eine Weile bei dieser Taktik. — Inzwischen hat es im L. V. wieder geblitzt: Auflösung der SA ist ein eiserner Erfolg! Wir erinnern: vor einigen Wochen hatte die Bürgerschaft Schließung der Kaserne beschlossen. Der SPD-Senator rührte sich nicht. Die Arbeiter werden bald erkennen, mit welchem Recht dieselben Wichtigtuere sich „Kämpfer gegen den Faschismus“ nennen wollen.

Von der Kampfjugend zum Unterhaltungsverein. Die SAJ, Sozialistische Arbeiterjugend geht seit Gründung des Sozialistischen Jugendverbandes einen „sicheren“ Weg. Vergessen ist die Zeit, da von der SAJ als sozialistische Kampfjugend die Parolen der sozialdemokratischen Opposition unter die Massen gebracht wurden. Politik, die überläßt man — nach Ollenhauers stetem Wunsch — lieber der Partei. Man schwingt wieder ein bißchen das Volkstanzbein, macht in Fahrtenromantik und meidet ängstlich alles, wobei die Jugendlichen auf eigene Gedanken kommen könnten. Ein Blick in die Monatsprogramme der SAJ-Gruppen wird diese Tatsachen erhärten. Vor mir liegt z. B. das Programm einer „proletarischen Jugendfeierstunde“ der SAJ-Lübeck. In dieser „proletarischen“ Feier — die nebenbei gesagt äußerst kümmerlich besucht war — sang eine Dame vom Stadttheater: „Sah ein Knab' ein Röslein stehn“.

A 1

Das ist die SPD

Aus nicht-parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Das Magdeburger SPD-Organ bringt in Nr. 90 einen aus parlamentarischen Kreisen geschriebenen Artikel: „Revolutionäre Ungeduld!“

Wir sind Angriffe schärfster Art gewöhnt, aber was dort in der Volkstimme „verbrochen“ wurde, ist in dieser Form alles andere als scharf! Was dieser Parlamentarier dort geschrieben hat, ist das Eingeständnis eines zum Bürgertum übergeleiteten Mannes. Proletarische Denken und Fühlen geht ihm ab wie den meisten SPD-Abgeordneten. Die ganze arbeiterfeindliche Politik wird enthüllt in folgenden Sätzen:

„Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß diese Gruppe von diesem Moment an endgültig zum Mitläufer der Deutschen Kommunistischen Partei geworden ist und weiterhin in ihrem Fahrwasser bleiben wird. Selbstverständlich wurde aus taktischen Gründen bisher die Aufwertung der Frage über die Aufnahme der ganzen Gruppe in die Deutsche Kommunistische Partei unterlassen, da die Deutsche Kommunistische Partei in dieser Frage die Beschlüsse des 11. Plenums der Komintern über die sogenannten „Nebenorganisationen“ befolgt. Sie ist deshalb mit allen Mitteln bei der Behauptung und dem Weiterbestehen solcher Organisationen beihilflich. Denn diese leisten ihrer Meinung nach sehr wertvolle Arbeit bei der Zersetzung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.“

Soweit der Artikel der „Volkstimme“. Wir glauben, eher der Wahrheit entspricht der Artikel in folgender Form, so wie ihn die SPD-Presse nicht bringt:

Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß die SPD von diesem Moment an (Hindenburgwahl) endgültig zum Bundesgenossen der bürgerlichen Parteien geworden ist und weiterhin bleiben wird. Selbstverständlich wird aus taktischen Gründen bisher die Aufwertung der Frage über die Aufnahme der SPD in die bürgerliche Front oder umgekehrt ein Aufgehen der bürgerlichen Parteien bis zur Volkspartei in die SPD unterlassen, weil dies dann doch dem einen oder andern Proleten in der SPD zu bunt würde. Der Zeitpunkt zu dieser Vereinigung ist zwar da, es ist aber besser, erst noch den stützigen Proleten zu bearbeiten. Die Führer der SPD sind aber bereit, mit allen Mitteln eine derartige Organisation zu

„Niemand hat's gesehn“, „In meiner Heimat wird es Frühling“, „Am Brunnen vor dem Tore“. Ein Herr vom Theater klumpert auf der Zitter: „Ein Abend am Trausee“, „Die schöne Spitzklöpplerin“, „Ideal“, „Durch die Karpathen“. Zwischen durch hielt der Bürgermeister Löwig eine Ansprache, in der natürlich kein Wort von Kampf gefallen ist. Bewahre, es ist doch viel schöner, der Jugend von den goldenen Jahren des Lebensfrühlings zu erzählen. Dieses widerliche Programm wagt man jungen Erwerbslosen, jungen ausgebildeten Lehrlingen und Arbeitern vorzusetzen. Wo der Kitsch aber nicht mehr hält, muß ein anderer Kitt seine Aufgabe erfüllen: das Geld, mit dem die Parteijugend gespickt wird, so daß die selbständig Denkenden und Handelnden ausgeschieden sind. Während früher jeder Groschen dreimal umgedreht wurde, bevor man ihn zur SAJ „aus dem Fenster warf“, fließen heute die Subventionen in Hülle und Fülle. Jeder ehrlich handelnde SAJ-Jungarbeiter wird dem von der SPD ausgehaltenen Unterhaltungsverein sein Mitgliedsbuch vor die Füße werfen, er wird zum SJV kommen, wo er keine Bequemlichkeiten zu erwarten hat, wohl aber Genossen, mit denen er um eine bessere Welt kämpfen kann.

Köslin

Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Wahlarbeit. Da eine Wahlversammlung nicht mehr durchgeführt werden kann, wird am kommenden Freitag eine politische Bühnenshow veranstaltet unter dem Namen: „Rotes Kabarett“. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. — Die Radfahrstaffel fährt noch in dieser Woche nach Rügenwalde zur Flugblattverteilung, da an diesem Ort von der SPD ebenso wie in Belgard und Neustettin, der Saal abgetrieben wurde. In Köslin selbst wird ein Propagandatrupp auf unsere Liste Nr. 18 aufmerksam machen.

„Seydewitz ist Jude!“ Mit diesem Argument geht ein Kösliner Gewerkschaftsangehöriger kreisend und versucht, Stimmung gegen die SAP zu machen. Wir wollen uns nicht die Mühe geben, das Gegenteil zu beweisen. Er ist kein Jude, aber die Frage der Rassenzugehörigkeit wollen wir ruhig den Nazis und dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen überlassen. Uns interessiert nur, was Seydewitz will und was er im Interesse der Arbeiterschaft tut.

„Wahlzeitung der Eisernen Front“ betitelt sich ein Blatt, das unter den Arbeitern vertrieben wird. In diesem Wisch macht man sich über unsere Kandidaten zur Landtagswahl lustig. Unter den vier angeführten sind drei arbeitslos, also haben sie wohl, nach Ansicht des „Verantwortlichen“, der seinen Namen schamhaft verbirgt, nicht die Eignung dazu. Beim Gewerkschaftsangehörigen fängt nach Meinung gewisser Leute der Mensch erst an

Greifswald

Man will mit Gewerkschaftsgeldern die „Eiserne Front“ finanzieren. Die „Eiserne Front“ ist in tausend Nöten. Sie gebrauchen Geld zur Finanzierung der Wahlpropaganda. Wie man das Geld zu beschaffen gedenkt, bewies die Versammlung des Gesamtverbandes in Greifswald. Daß man auf Hindernisse stoßen würde, ist den Rostfreien von vornherein klar gewesen. Die Versammlung wurde daher im letzten Augenblick beknagtegeben, es wurde

schaffen. Denn diese leistet ihrer Meinung nach sehr wertvolle Dienste bei der Zersetzung der Arbeiterschaft!

Das ist der Sinn des Artikels in der Volkstimme. Das ist der Kampf der SPD-Führung. Das ist der proletarische Geist dieser Leute!

In diesem Zusammenhang erklären sich erst die folgenden Sätze des Artikels in der Volkstimme:

„Nur Kurt Rosenfeld wird sich bei einem Sieg des Bürgertums, des Faschismus, dann seufzends in die Büsche drücken. Er hat verteuft schlagende Gründe dafür. Im Dritten Reich der Boxheimer Dokumente kriegt er keinen Bissen Brot, nicht mal eine rohe Kartoffel.“

Ja, liebe „Volkstimme“, das wissen wir, sanft wird in diesem Falle nicht mit den SAP-Leuten umgesprungen werden. Aber daß der Artikelschreiber zugibt, daß also SPD-Leute sanfter behandelt werden als wir, ist uns sehr wertvoll!

Hier gesteht also einer ein: Nicht ich, SPD-Mann, sondern du, SAP-Spalter, wirst gehnkt. Dies ist die Folge des Anschlusses der SPD an das Bürgertum. Der SAP-Mann bekommt kein Brot, keine rohe Kartoffel, aber der Sozialdemokrat dann wenigstens die rohe Kartoffel, das Stückchen Brot und zum Überfluß von der bürgerlichen Festtafel, im Siegestaumel, ein paar Bratenknochen. Welche Wonne, Sozialdemokrat zu sein!

Wir wissen, daß die SPD einseitig: Der Kampf, den die SAP gegen den Faschismus führt, ist konsequent. Der SPD ist dieses Zeugnis nicht auszustellen. Der Zusammenschluß mit dem Bürgertum ist ihr daher wertvoller als die Einigung der Arbeiterschaft zum Kampf für den Sozialismus! Wie war doch das früher? Heute hört man kein Wort mehr davon. In einer Front stehen sie heute getreu der bürgerlichen Parole:

Von roten Ketten macht euch frei
Die SPD bis Dingeldey!

Proleten, zieht die Konsequenz:

Wählt Liste 18!

Bezirk Magdeburg wählt Liste Siemens!

nicht wie sonst die entsprechende Propaganda gemacht. Die Absicht war klar, es sollten so wenig Mitglieder wie irgend möglich erscheinen. Das Letztere gelang. Nur 54 Kollegen waren anwesend. Nachdem in dieser Versammlung die geschäftlichen und sonstigen Teile erledigt waren, brachte man den Antrag ein, der Gesamtverband Greifswald solle sich der „Eisernen Front“ korporativ anschließen. Dies wurde abgelehnt. Es wurde vielmehr jedem die Beteiligung freigestellt. Der SPD-Stadtvorordnete Dinke fand trotzdem noch den Mut, zu beantragen, 150 RM. für die „Eiserne Front“ und SPD aus der Gewerkschaftskasse zu bewilligen. Sie wollten eine große öffentliche Versammlung in der Stadthalle veranstalten, für die Deckung der Unkosten würde dieser Betrag benötigt. Der Kollege Zehm (SAP) legte in längerem Ausführungen den Anwesenden diese ungeheure Zumutung klar und beantragte Ablehnung des Antrages. Nach langem Hin und Her schritt man zur Abstimmung. 7 Kollegen waren für die Bewilligung des Betrages, 47 dagegen.

Neuenkirchen bei Greifswald

Die SPD hatte hier zu einer öffentlichen Versammlung am Sonnabend, dem 16. April 1932, aufgerufen. Trotz des herrschenden Sturmes, der ein Vorwärtskommen auf der Chaussee stark hinderte, marschierte ein Trupp SAP-Genossen nach Neuenkirchen, um an der SPD-Versammlung teilzunehmen und in der Diskussion zu sprechen. Was wir dort erlebten, war der SPD-Leitung aus Greifswald, die ebenfalls erschienen war, sehr peinlich. Anwesend waren um 9 Uhr drei Landjäger, der SPD-Vorsitzende aus Greifswald, 20 Reichsbannerleute aus Greifswald zum Saalschutz, der Referent Lehrer Peters aus Stralsund und sage und schreibe etwa sechs Personen aus Neuenkirchen. Der SPD-Vorsitzende forderte uns auf, doch in den Saal zu gehen, damit er etwas gefüllt aussähe. Wir hatten keine Veranlassung, ihre Pleite zu verwischen, geben lieber das zu bezahlende Eintrittsgeld für den Kampffonds der SAP und zogen lachend ab.

Zeitz

Die gemeinsame einberufene Erwerbslosen-Versammlung in Zangenberg war durch „höheren Befehl der KPD-Bezirksleitung aufgelöst worden. Sie wurde nun wiederholt unter Führung der SAP. Unser Genosse Agricola legte überzeugend die Einheitsfronttaktik der KPD und die gegenwärtige politische Lage dar. In der Diskussion sprach der „zufällig“ anwesende Genosse Heinz Schmidt, KPD. Wer ihn von seiner früheren Tätigkeit in der SPD und SAP kennt, muß mit Erstaunen feststellen, daß er heute die sture und dogmatische Parteilinie der KPD bis auf den i-Punkt guthieß. Wenn er seine Ausführungen über die „konterrevolutionäre“ Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik der SAP konsequent fortsetzte, dann hätte er auch die KPD als konterrevolutionär bezeichnen müssen. Jene KPD-Funktionäre in Zeitz, die heute noch in den Gewerkschaften sind, werden von der Gewerkschaftsbürokratie nicht ernst genommen, kämpfen nicht, sind also „konterrevolutionär“. Genosse Agricola konnte im Schlußwort diese die Arbeiterschaft schädigenden und hemmenden Anschauungen treffend widerlegen. Der Abend verlief sachlich und in voller Disziplin.

Moge das in allen kommenden Versammlungen auch der Fall sein, der revolutionären Arbeiterschaft wird das nur von Nutzen sein.

Gera

Jugendversammlung. Eine öffentliche Jugendversammlung von SJV und KJV fand statt mit dem Thema: „Gegen Arbeitsdienstpflicht und Faschismus“. Die Leitungen von KJV und SAJ waren besonders eingeladen. Jene waren auch erschienen, fielen aber vollkommen ab gegenüber unseren Rednern, den Genossen H. Schöler-Titus, Jena (SAJ) und P. Matthei, Gera (KJO), die es vertrefflich verstanden, die Anwesenden auf die Gefahren hinzuweisen, die uns durch Faschismus und Arbeitsdienstpflicht drohen. Die SAJ glänzte durch Abwesenheit und zog es vor, die Veranstaltung zu sabotieren. Der einzige SAJler, der erschienen war, verdrückte sich kurz vor der Diskussion. Sie können es eben nicht wagen, ihre Arbeitsdienstpflichtgedanken öffentlich zu vertreten. Schöne Revolutionäre! (Denn das wollen die Geraer SAJler doch sein!) Die Versammlung nahm einen guten Verlauf und war bei einem Besuch von etwa 70 Jugendlichen ein voller Erfolg.

Bautzen

Ein überflüssiger Prozeß endet mit Freispruch! Mitte Oktober des vergangenen Jahres fand in Bautzen in einem Vereinszimmer eine Zusammenkunft von etwa 30 Jugendlichen statt, denen der Genosse Erich Tittel (Dresden) über die Vorgänge in der ost-sächsischen SAJ berichten sollte. Auf eine anonyme Anzeige hin erschien die Bautzener Polizei in unsehlicher Stärke im Versammlungslokal, erklärte die Versammlung als eine öffentliche politische, die nach der Notverordnung der Anmeldung bedürftig hätte, nahm die Personalien aller Teilnehmer auf und führte den Versammlungsleiter, Genossen Mirtschin, und den Redner, Genossen Tittel, ins Polizeigefängnis, wo sie bis zum andern Mittag bleiben mußten. Der Staat war wieder einmal gerettet. . . . Eigentlich hätte man sich mit dieser Blamage begnügen können. Aber allerhöchste Regierungsstellen wünschten es anders: nach der Polizei mußte nun die Justiz eingreifen, um die deutsche Republik vor einer Zusammenkunft von 30 Jugendlichen zu schützen. Wenn Lächerlichkeit töten könnte. . . . Es wurde also gegen den Arbeiter Mirtschin, Kupferschmied Sonnenburg, den Schweizer Fritz Schuster und den Schriftsetzer Paul Brückner wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 verhandelt. Mirtschin war angeklagt, eine öffentliche politische Versammlung ohne vorherige Anmeldung veranstaltet und geleitet zu haben, die übrigen wegen Teilnahme an einer solchen Versammlung. Mirtschin erklärte, es habe sich um eine Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend gehandelt, in der Aufklärung über die Gründe der Spaltung gegeben werden sollte. Die Versammlung habe rein informativen Zwecken dienen sollen. Es sei nur durch Handzettel und von Mund zu Mund eingeladen worden und die Mitglieder und Gesinnungsgenossen seien gleich am Eingang auf ihre Zugehörigkeit geprüft worden. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß es sich um eine politische, aber nicht um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe und daß daher die Versammlung nicht anmeldepflichtig gewesen sei. Alle vier Angeklagten wurden freigesprochen.

Löbau

Einiges von der SPD-Front. Wie stark die Anpassung der sozialdemokratischen Politik an kapitalistische und nationalistische Gedankengänge in der letzten Zeit gewesen ist, zeigt u. a. auch die jetzige Einstellung der SPD zum Freiwilligen Arbeitsdienst. Noch vor einem halben Jahre erschienen in der „Volkszeitung“ Artikel gegen den Freiwilligen Arbeitsdienst, in dem man mit Recht nur eine verschleierte Arbeitsdienstpflicht sah. Heute bringt dieselbe „Volkszeitung“ kommentarlos eine Notiz, worin Angaben über die bis Februar durch den Freiwilligen Arbeitsdienst geleisteten Arbeiten gemacht werden. Das kommt davon, wenn man auf den Kampf um sozialistische Auswege aus der Krise verzichtet.

Die Position beim Arbeitsamt. Daß um den Reichstag eine Banneille besteht, wußte auch Herr Schulze. Aber dieses Wissen genügte ihm nicht. Er wollte durchaus auch für sein Arbeitsamt eine Banneille haben. Und er bekam sie. Warum auch nicht? Wird er doch damit die böse Propaganda der Sapisten und Kozia los, die ihn nie ruhig arbeiten ließ. Es ist auch wirklich unverschämt von den Kerlen, sich dauernd vor das Arbeitsamt zu stellen und den Arbeitslosen ihre aufzunehmenden Zeiten zu verkaufen. Man muß doch als getreuer Staatsbürger und Sachwalter des Staates diese Verhinderung verhindern, man muß sich doch der armen Arbeitslosen annehmen. Und da andere Möglichkeiten nicht bestehen, wird die Staatsautorität eingesetzt. Man verbietet. Allerdings bezieht sich das nicht auf die Sammellisten zur Hindenburgwahl. Diese dürfen sogar im Amt zirkulieren. Es geht auch nichts über das herrliche Gefühl, eine gute Zigarette rauchend, auf diese Weise dem Staate dienen zu dürfen. — Ob all das aber noch im Interesse der Arbeiterschaft liegt?

Organisationsnachrichten

SAP, SJV und Schutzbund Harburg: Sonnabend, 23. April, Demonstration, Aufstellung 20 Uhr am Juteplatz. Pünktlich erscheinen.

SAP, SJV und Schutzbund Hamburg: Alle Genossen beteiligen sich Sonnabend an der Demonstration in Harburg Radfahrer westlich der Alster 19.00 Uhr am Elbturm, östlich der Alster 19.00 Uhr am Volkshaus Sachsenstr. Bahnhöfer 19 Uhr Wandelhalle Hauptbhf. (Jungfer). Nachzügler 19.23 Uhr ab Hamburg.

Sportschau der SAZ

Bundestag der holländischen Arbeitersportler

Der Apparat funktioniert

Die Zentralorganisation der holländischen Arbeitersportler, der Niederländische Arbeiter Sportbund, hat am 9. und 10. April seine Generalversammlung in Amsterdam, die erste nach der Spaltung der holländischen Sozialdemokratie, abgehalten.

Es war interessant festzustellen, wie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei alle Mittel anwandte, um zu vermeiden, daß die neugegründete Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei Einfluß auf die Arbeitersportbewegung erhalten könnte. Zunächst waren alle Größen der Partei vorhanden, der Vorsitzende Oudegoest selbst vertrat die Partei. De La Bella sprach für den Niederländischen Gewerkschaftsverband und versprach, daß ein Vertreter des Arbeitersportbundes in den Allgemeinen Ausschuß der Partei und Gewerkschaften aufgenommen würde.

Daß der Vorstand des Arbeitersportbundes „dankbar“ sein konnte, erwies er in seiner Haltung zu dem Antrag der Unabhängigen Sozialistischen Partei die Anerkennung der neuen Partei durch eine

Satzungsänderung festzulegen. Die Genossen von der Unabhängigen Partei hatten vorgeschlagen, in die Reihe der Organisationen, die das Statut als sozialistische aufführt, die Unabhängige Sozialistische Partei aufzunehmen. Nach dem bei uns in Deutschland so bekannten Wels-Rezept ließ man nicht die Delegierten darüber abstimmen, sondern erledigte die Sache einfach mit einer Vorstandsentscheidung und der faden Erklärung, es sei nicht die Aufgabe des Arbeitersportbundes festzustellen, wer und was zur modernen Arbeiterbewegung gehöre. Damit war der Demokratie Genüge getan.

Zwei Anträge, die zur Bildung einer Arbeitersportbewegung aufgerufen wurden, wurden zurückgezogen. Man war der Auffassung, daß man die Initiative der Partei und der Gewerkschaftsbewegung überlassen müsse. Man beschloß sich auch mit dem Alkoholproblem und stellte fest, daß Alkoholgenuß mit aller sportlicher Tätigkeit nicht zu vereinbaren und daher abzulehnen sei. Der Niederländische Arbeitersportbund zählt jetzt reichlich 20.000 Mitglieder.

Ein Beitrag zur Demokratie

Eine Anzahl Musikvereinigungen in Neukölln hatten für Sonntag, den 17. April ihren Frühjahrsausmarsch festgesetzt, unter anderem Tambour-Verein Freie Spielleute, Neukölln, Musikverein-Echo 1894, Tambourchor „Gut-Heil“, Orchesterverein 1911 und einige andere. Am 8. April war den Tambourvereinen Freie Spielleute und dem Musikverein-Echo die Musikerlaubnis erteilt worden. Es bestand gegen die geplante Veranstaltung keinerlei Bedenken.

Nachdem alle Vorbereitungen von den Vereinen getroffen waren, wurde in einem Schreiben vom 14. April vom Polizeipräsidenten der Frühjahrsausmarsch verboten. Auf Rücksprache mit dem Verantwortlichen auf dem Polizeipräsidenten wurde jetzt gesagt, wenn ein politischer Ausmarsch erteilt werden. Den Organisationen ist dadurch ein großer Verlust entstanden. Die Tatsachen zeigen, daß unter der Leitung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Berlin es nicht einmal Geselligkeitsvereinen möglich ist Ausflüge zu machen.

Die deutsche Buchproduktion sinkt!

Durch die allgemeine katastrophale Wirtschaftslage hat auch die deutsche Buchproduktion erhebliche Einbußen erlitten. Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig hat nunmehr seinen Geschäftsbericht für 1931 veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß sich der Absatzrückgang im Buchhandel teilweise noch stärker bemerkbar macht als es bei anderen Waren der Fall ist. Neuaufgaben und Erstaufgaben sind von 26.961 im Jahre 1930 auf 24.074 im Jahre 1931 zurückgegangen. In diesem Zusammenhang sei die an sich erfreuliche Entwicklung der Deutschen Bucherei erwähnt, die trotz aller Wirtschaftsnöte auf 988.700 Bände angewachsen ist. Damit rückt die Deutsche Bucherei zu den Millionen-Bibliotheken der Welt auf.

Die Freie Turnerschaft Nord, Frankfurt a. M.

veranstaltete am vergangenen Sonntag eine Schulausflugfeier im „Hamburger Hof“ zu Finkenheims. Der in durchaus werbendem Sinne verlaufene Abend gestaltete sich zu einem vollen Erfolg. Nach einleitenden Worten der Wanderkapelle ergriff Gen. Lehrer Rembold das Wort, um den nun der Schule Entlassenen den Beginn des neuen Lebensabschnitts zu versinnbildlichen. Es folgte ein buntes Programm, das umfänglich und vielseitigen Leistungsbeitrag der Kinderabteilung des Vereins, Turnen und Gymnastik, Volkstänze und Humor kamen zu Wort. Die Schlußrede klang in dem Gelübnis aus, für die Befreiung des ganzen Menschen zu kämpfen. Nach Ueberreichung eines inhaltlich wertvollen Buches an jeden Schulentlassenen schloß die eindrucksvoll verlaufene Feier mit dem gemeinsam gesungenen Liede „Und wenn wir marschieren, dann leuchtet ein Licht!“

Freie Turnerschaft Nord, Frankfurt a. M., Zusammenkünfte am Donnerstag den 21. April, abends 8 Uhr: Gruppe Südosten: Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 5, Filmabend „Wien — Österreich“ 5 Akte. Beginn pünktlich. — Gruppe Nordosten: Christburger Str. 14, „Lustiges Kleinholz“, Gen. Wagner. — Gruppe Norden: Lager am Freitag, dem 22. April, abends 8 Uhr, „Wildenowstr. 5, Zimmer 13, „Verkehrregeln auf dem Wasser“. Gen. Großkreutz. Gäste willkommen.

Fußball im Bezirk Pirna.

Radeberg I-Heidenau I 1:2 (1:1). Dieses Spiel konnte Heidenau nur nach zuletem Kampf gewinnen. Mehrere Torerfolge, darunter einen Hattrick, konnte Heidenau nicht ausnutzen, so daß es nur einen knappen Ausw. gab. Gegen Schönbach kämpften beide Mannschaften recht hart, was sehr zu verurteilen ist.

Radeberg II-Heidenau II 1:1. W. W. W. Heidenau III-Heidenau IV 0:0. Niederseiditz SpV.-Heidenau III 1:2.

Handball.

Sämtliche Heidenauer Mannschaften erzielten hohe Resultate, was einer beachtlichen Spielstärke entspricht. Heidenau II-Schönbach 17:0, Heidenau III-Friedrichshain 14:2, Heidenau I-Heidenau II 14:1, Postelwitz I-Heidenau IV 9:15, Niederseiditz SpV.-Heidenau III 1:2.

Kreistreffen der sächsischen Wasserfahrer Pfingsten 1932 auf der Talsperre Kriebstein

Die Kanufahrer haben sich dieses Jahr einen ganz besonders idealen Ort für ihr großes Pfingsttreffen ausgesucht. Die Zuchopatsperre bei Kriebstein, die größte Sperre Mitteldeutschlands, liegt herrlich inmitten grüner Wälder. Viele Faltboote und Kanufahrer rüsten schon jetzt für diese große Frühjahrsfahrt. Ein buntes Leben und Treiben wird an der Talsperre herrschen. Der Wandersportverein weiß sein schmuckes Bootshaus an der Berglehne am Anfang der Sperre und der Bezirk Mittelsachsen sein Wochenendgelände ein Wasserpolospiel und

Lampionfahrten sind vorgesehen. Eine große Zelstadt wird aus der Erde wachsen. Wir wünschen den Paddlern schönes Wetter!

Wieder 2000 neue technische Amtsverwalter im ATSB.

Die am Sonntag in den Bezirken des Arbeiter-Turn- und Sportbundes durchgeführten Vorturnerprüfungen für das Mangel-, Frauen- und Kinderturnen sind von rund 2000 Anwärtern mit Erfolg bestanden worden. In Anbetracht der politisch stark bewegten Zeit, hinter der vielfach auch die Prüfungsvorbereitungen zurückstehen mußten, ist die Zahl der gewählten Vorturner ein doppelter Erfolg für den ATSB.

Prolet, greif zu!

Öffentliche Wählerversammlungen der SAP

Freitag, 22. April, 20 Uhr, im „Märchenbrunnen“, Am Friedrichshain 29-32. Redner: Ledebour, Sternberg, Käte Frankenthal

Pankow: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, im Gesellschaftshaus, Berliner Straße 102. Redner: Käte Frankenthal, Kögler.

Steglitz: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, im „Albrechtshof“, Schloßstraße. Redner: Lindemann, Seigewasser.

Reinickendorf: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, im „Schützenhaus“, Residenzstraße. Redner: Sternberg.

Britz: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, im „Lindenpark“, Chausseestraße. Redner: Fritz Lewy.

Tempelhof: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, in den Maji-Festsälen, Mariendorf, Chausseestraße. Redner: Adam, Edith Baumann.

Bohndorf: Freitag, 22. 4., 20 Uhr, bei Madry, Buntzelstraße. Redner: Köhler.

Nowawes: Freitag, 22. 4., 20 Uhr, im Restaurant „Turnhalle“, Augustastraße.

Arbeiterfront gegen Faschismus!

Organisationsnachrichten

SAP

- Ortsgruppe Tiergarten: Freitag, 22. April, 18-20 Uhr. Ausgabe der Flugblätter für die Preußenwahl bei Groth, Zwingerstraße 19.
- Ortsgruppe Tiergarten (Abt. Westen): Donnerstag, 21. 4., Radfahrer-Propaganda: Alle Radfahrer 17.30 Uhr bei Pohl, Kurfürstenstraße 52 (Portier). Freitag, 22. 4., 20 Uhr. Außerdem beteiligen sich Freitag, 22. 4., 20 Uhr, alle Genossen an der Kundgebung im „Märchenbrunnen“, Friedrichshain 29/32.
- Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, alle zur Wahlversammlung nach Pankow, Gesellschaftshaus, Berliner Str. 102. Freitag, 22. 4., 20 Uhr, alle Genossen zum „Märchenbrunnen“. Erscheinen Pflicht.
- Ortsgruppe Friedrichshain: Alle Genossen, die zur Wahlarbeit noch nicht eingeteilt sind, werden sich heute, Donnerstag, 18. 4., beim Abteilungsleiter 2. Abtlg. bei Robert Neumann, Am Ostbahnhof 11, 1. Abtlg. bei Emil Kunster, Bodickerstr. 8, 4. Abtlg. bei Pischke, Kaspernstraße 30, 5. Abtlg. bei Fritz Nischke, Döberitzstr. 42, 6. Abtlg. bei Fritz Nischke, Tilsnerstr. 24, 7. Abtlg. bei Bruno Glaver, Eichestraße 5 v. H., 8. Abtlg. Otto Lang, Friedenstraße 69.
- Ortsgruppe Kreuzberg: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, Zahnabend der Gruppe Hallesches Tor bei Lack, Sonnenstraße 6.
- Ortsgruppe Charlottenburg: Donnerstag, 21. 4., 20 Uhr, öffentliche Versammlung der SAP im Restaurant „Albrechtshof“ am Rathaus Steglitz. Donnerstag, 22. 4., 20 Uhr, öffentliche Flugblattverteilung von Lokal-Ordnung aus.
- Ortsgruppe Wilmersdorf: Donnerstag, 21. April 19 Uhr, bei Kolb, Lützenberger Str. 21, Wählerversammlungsabend, anschließend alle zur öffentlichen Versammlung in Steglitz.
- Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau: Donnerstag, 21. April, 17 Uhr, alle bei Geil, 19/20 Uhr, alle zur Versammlung in Steglitz.
- Ortsgruppe Britz: Zusammenkunft aller Genossen Freitag, 22. 4., 18 Uhr, zur Flugblattverteilung beim Gen. Detfeld, Parchimer Allee 7. 19 Uhr, alle Genossen zur Vorbereitung der letzten Wahlarbeiten beim Gen. Detfeld, Parchimer Allee 7.
- Ortsgruppe Wedding: Alle Genossen besuchen Donnerstag, 21. 4., die öffentliche Versammlung in Reinickendorf, Schützenhaus, Residenzstraße 1, Saalzahl 18.10 (19 Uhr, Zuhilfenahme Nord) am Freitag, 22. 4., bei Buchen-Waldenauer, Ecke Burgstraße, Ausgabe von Wahlmaterial und Verteilung der Arbeit vor Freitag und Sonnabend. Hoffen sich alle Genossen zur Flugblattverteilung bereit.
- Ortsgruppe Lichtenberg: Donnerstag, 21. 4., 18 Uhr, Flugblattverteilung, Abholen der Flugblätter bei Rosky, Gurtelstraße, Erscheinen Pflicht.
- Ortsgruppe Weißensee: Alle Genossen beteiligen sich an der Wahlversammlung im „Märchenbrunnen“ Freitag, 22. 4., 20 Uhr.
- Ortsgruppe Pankow: Donnerstag, öffentliche Versammlung im Gesellschaftshaus, Berliner Str. 102. Alle Genossen unbedingt teilnehmen.
- Ortsgruppe Reinickendorf: Alle Genossen zur öffentlichen Wahlversammlung im „Schützenhaus“, Residenzstraße 1, 19.30 Uhr.
- Verband der Buchdrucker (Druckerspartei): Donnerstag, 21. 4., Monatsversammlung im Clubhaus, Ohmstr. 2, 19 Uhr, Thema: „Arbeit und Leben in Sowjetrußland“.

Achtung! Alle Ortsgruppen, die Pappe brauchen, wenden sich an die Bezirksleitung, Prenzlauer Allee 34.

SJV

- Heute, Donnerstag, 21. April, 19.30 Uhr: Wörther Platz, „August Bebel“: Das Räteystem (zweiter Abend).
- Charlottenburg-Mitte: Arbeitsgemeinschaft.
- Frankfurter Allee II: Mitgliederversammlung.
- Mitte Nord: Mitgliederversammlung.
- Mitte Süd: Tagespolitik.
- Schöneberg-Friedenau: Tagespolitik.
- Schöneweide: Mitgliederversammlung (Landtagswahlen und Aktion).
- Süd-West: Proletariat vor Gericht.
- Westend: Tagespolitik.

Mitteilungen der B.L.: Freitag, 22. April, fallen alle Gruppenveranstaltungen aus. Wir beteiligen uns rastlos an der Kundgebung der Partei im „Märchenbrunnen“, Am Friedrichshain 29/32. Donnerstag, 21. April, Radfahrerstapel 17 Uhr antreten. Freitag, 22. April, Radfahrerstapel 17 Uhr antreten. Freitag, außerdem 17 Uhr Zelako (Zeltlagerkommission) im Sekretariat. Vorbereitung des roten Pfingsttreffens.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Jobanne Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Köpzig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Porto. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM 2.30 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM 2.30 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staatstheater
Oper u. d. Linden
Donnerstag, 21. April
7 Uhr:
Die Walküre
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Donnerstag, 21. April
8 Uhr:
Die endlose Straße
Schillertheater
Katharinenstr., Schillerstraße
Donnerstag, 21. April
8 Uhr:
Cyrano von Bergerac
Lust der Klassenkämpfe
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Lügen auf Rügen
Alarm um Mitternacht
Die neueste Wochenschau

Volksbühne
Theater a. Blüowpl.
D 1 Norden 2946
Donnerstag, 21. April
8.00 Uhr:
Kamerad Kasper
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Tel. 1111, Waikstr. 147
Donnerstag, 21. April
8.15 Uhr:
Die Frau die jeder sucht
Circus BUSCH
täglich
8 1/2 Uhr:
Kampfbühne
1. Variété-Programm
Preise 0,30 b. 3.-

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
Die lustige Tonfilmoperette:
Die verliebte Firma
mit Gustav Fröhlich, Lien Deyers, Ernst Verhees
Außerdem:
Es wird geheiratet
mit Szöke Szakall in der Hauptrolle
Ufa-Tonwochenschau
Das erstklassige Beiprogramm
Fügt ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 10. nachts.
Einzig. Tag- u. Nacht kino Berlin!

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Oskar Homolka, Olga Tschschowa in
Nachkolonne
dazu:
Anny Albers, Johannes Riemann in
Liebesfiliale
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis
6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg.
Nachher von 80 Pfg. an

Theater des Weddings
Müller, Ecke Selterstraße
Eine Nacht im Grand-Hotel!
dazu:
Unter den Dächern von Paris
Die neueste Tönende Wochenschau

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der unbekannte Gast
mit Szöke Szakall
dazu:
Gefahren der Liebe
Die neueste Tönende Wochenschau

Werbt für die „SAZ“

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Nur 3 Tage.
2 erstklassige Tonfilme
Leichtsinnige Jugend
mit Camilla Horn, Walter Rilla
dazu:
Harry Piel, der Sensationsdarsteller in
Schatten der Unterwelt
Einlaß 1,5 Uhr
Erwerblos 50 Pf.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

Kauft Gutscheine

KAUFHAUS SCHOCKEN

Seifen und Seifenflocken Preis-Vergleich

	1929	1930	1931	1932
Kernseife ca. 65% Fettstoffe, Frischgewicht 1000 g, Riegel	0.80	0.70	0.53	0.48
Seifenflocken ca. 45% Fettstoffe, stark schäumend, 135 Gramm-Karton	0.25	0.23	0.18	0.16
Buttermilchseife reine neutrale Fettsäure, Stück	0.20	0.18	0.15	0.14

77 Inseratenform geschöht

MILIA Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
2 Groß-Tonfilme
Anny Ondra
In der entzückendsten Tonfilmposse
Eine Nacht im Paradies
mit Ralph A. Roberts, Oskar Sabo
Ein Auto und kein Geld
mit Dina Gralla
— Starkreduzierte Eintrittspreise —

Kampfsignal morgen neu!

Konsum-Genossenschaftler, wählt die Liste der SAP!

Die Genossenschaften sind von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben. Der allgemeine Lohnabbau und die Massenarbeitslosigkeit haben die Umsätze stark herabgedrückt. Die Massensteuern und die Zölle, die die hauptsächlichsten Konsumtionsmittel stark verteuern und weit über den Weltmarktpreisen halten, zwingen den Arbeiterhaushalt zu weiteren großen Einschränkungen. In der letzten Zeit haben einige große Konsumgenossenschaften sehr aufschlußreiche Lebensmittelverteuerungskalender herausgegeben, in denen nachgewiesen wird, wie die Zollpolitik der letzten Jahre einen wirklichen Preisabbau verhindert hat. Mustert man diese Tabellen, so kann man feststellen, daß diese Zollpolitik durch die Regierung Hermann Müller eingeleitet wurde, die auch auf diesem Gebiete, wie auf so vielen anderen, nur der Vorläufer und Wegbereiter der Brüning-Schleie war. Die genossenschaftsfeindliche Politik dieser Regierung hat zunächst ihre Krönung in der erhöhten Umsatzsteuer für die Konsumvereine gefunden.

gezogen werden, so darf man sich nicht wundern, wenn die Mitglieder in den Zeiten der Not, wo die Genossenschaft ihre Leistungen herabsetzen muß, daraus die Konsequenzen ziehen. Die reformistische Politik erweist sich eben letzten Endes auch auf diesem Gebiete, das ihre ureigenste Domäne war, als kurzichtig und den Interessen des Proletariats durchaus abträglich.

Aber auch der Gegenspieler des Reformismus, die ultralinke Kommunistische Partei, hat im Genossenschaftswesen geradezu verheerend gewirkt. Sie hat den von ihr beherrschten Konsumvereinen in den letzten Jahren die verhängnisvolle RGO-Politik aufgezwungen und es fertig gebracht, ehemals gesunde und lebensfähige Vereine in kürzester Frist dem Bankrott in die Arme zu treiben. (Halle, Merseburg usw.). Allerdings geschah das nicht ohne die „freundliche“ Beihilfe der Reformisten.

Wie die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung beweist, ist das Schicksal der Genossenschaften eng verbunden mit dem aller anderen Arbeiterorganisationen. Der

Wahllügen der KPD gegen die SAP

Der Preußische Landtag wurde am 12. April noch einmal einberufen. Auf der Tagesordnung standen ein Antrag der Regierungsparteien: 1. Änderung der Geschäftsordnung (Wahl des Ministerpräsidenten); 2. Beratung eines kommunistischen Antrages betr. Wahlbeschränkung.

Die Regierungsparteien SPD, Staatspartei und Zentrum haben ein sehr schlechtes Gewissen und rechnen selbst damit, daß sie im neuen Landtag nicht mehr mit der bisherigen Mehrheit einziehen. Durch die Änderung der Geschäftsordnung wollen sie nun verhindern, daß die Faschisten (die auch nach ihrer Meinung im neuen Landtag die stärkste Fraktion sein werden) den Ministerpräsidenten stellen (der ja dann auch die Minister zu berufen hat), sofern sie nicht die absolute Mehrheit haben.

An und für sich ist dieser Angstbeschuß belanglos, da ihn ja der Landtag mit einfacher Mehrheit wieder aufheben kann.

Mit diesem Beschuß kann die faschistische Gefahr nicht abgewendet werden. Kommt in Preußen das Faschisten-Regime, dann trägt die SPD die volle Verantwortung, weil sie niemals den außerparlamentarischen Kampf gegen den Unterdrückungs- und Lohnraub, gegen die Notverordnung organisierte, deshalb stimmten unsere Genossen Gebhard und Frankenthal SAP als Protest gegen die parlamentarische Manöver mit — Nein —. Von 232 abgegebenen Stimmen wurde der Antrag der Regierungsparteien mit 228 gegen 3 Stimmen angenommen.

Die KPD-Propaganda benutzt nun diese Abstimmung als Hetze gegen unsere Genossen und behauptet, wider besseres Wissen, durch die Beteiligung an der Abstimmung hätten unsere beiden Genossen erst die Beschlußfähigkeit ermöglicht.

Wenn kleine Provinzblättchen, wie die „Deutscher Zeitung“ so etwas schreiben, so kann man das ihrer Unwissenheit zuschreiben. Aber „Rote Fahne“, „Klassenkampf“ usw. lügen hier bewußt, da ihnen bekannt ist, daß von ins-

gesamt 449 Abgeordneten 226 zur Beschlußfähigkeit genügen und die Regierungsparteien allein über 230 Abgeordnete verfügten.

232 Stimmen wurden abgegeben, bei Nichtbeteiligung unserer Genossen blieben also immer noch 230 — davon waren 226 Ja-Stimmen.

Es ist schlimm bestellt, um die KPD, wenn sie zur Hetze gegen unsere Genossen zu solchen Lügenberichten greifen muß, um von den eigenen großen Fehlern abzulenken.

So schreibt die faschistische Presse, z. B. die LNN Nr. 103: „Im Übrigen ist es grotesk, daß die Kommunisten, an sich die natürlichen Gegner der Regierung Braun-Severing, der preußischen Koalition diesmal behilflich sind, ihre unraubernden Geschäfte zu treiben, dadurch nämlich, daß sie mit einem eigenen Antrag auf Einberufung des Preußenparlamentes die nötige Anwesenheitsziffer zur Verfügung stellen.“

Diese geleitete Hilfestellung der KPD konnte sie durch die dann gelübte Obstruktion nicht revidieren, sondern erreichte damit nur, daß ein fast einstimmiger Beschluß gefaßt wurde. Auch der KPD mußte vorher bekannt sein, daß die Zahl der Abgeordneten der Regierungsparteien bei weitem ausreicht. Sie muß sich aber abgewöhnen, mit Lügen Politik zu machen.

Nicht parlamentarische Manöver der SPD oder KPD (wie Beteiligung am faschistischen Volksentscheid) sind Mittel zur Bekämpfung des Faschismus, sondern die Stärkung der außerparlamentarischen Kraft der Arbeiterklasse, und gerade in dieser Frage verlangt die KPD, macht Fehler über Fehler, verhindert jeden einheitlichen Zusammenschluß der Arbeiter und unterstützt dadurch indirekt den Faschismus.

Gutes Zureden hilft hier nicht mehr, hier muß gehandelt werden, um die Bürokratie der KPD und SPD zur Vernunft zu bringen. Deshalb Arbeiter, schließt Euch der Sozialistischen Arbeiterpartei an und wählt am 24. April die Liste 18.

H. Gebhardt

Es ist eine Polizeidee

entstanden in einem Polizeihirn, zu glauben, man könne mit der Waffe der Polizei eine reaktionäre Bewegung niederhalten und zugleich eine Politik machen, die dieser Bewegung den Weg bereitet. Man kann nicht nach rechts Politik machen und zugleich nach rechts schlagen. Es ist ein Irrsinn, anzunehmen, man könne die Diktatur Hindenburg-Brüning-Groener mit allen Mitteln unterstützen, jeden Widerstand gegen diese Diktatur des Truskapitals ersticken, die Arbeiterbewegung fesseln und lähmen, damit praktisch die faschistische Diktatur fördern — und dies alles zu dem Zwecke, eben dieser faschistischen Diktatur einige Maschinengewehre und Panzerwagen entgegenzustellen.

Die Polizeimittel des kapitalistischen Staates müssen letzten Endes gegen den Faschismus versagen. Es gibt nur eine Kraft, die ihn besiegen kann: die Arbeiterklasse.

Aus der soeben erschienenen Schrift:

Prolet, greif zu!

24 Seiten.

Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Literaturobleute oder direkt von der Freien Verlagsgesellschaft Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

In dem reformistischen Phantasiegebäude der „Wirtschaftsdemokratie“ sollten die Genossenschaften einer der Eckpfeiler sein. Sie sollten die Gesamtheit der „Verbraucher“, ohne Unterschied der Klassen, organisieren, allmählich den Kapitalismus unterhöhlen, unmerklich zur „Bedarfsdeckungswirtschaft“ führen und so den Klassenkampf überflüssig machen. Die rauhe Wirklichkeit der kapitalistischen Krise hat dieser „Theorie“ einen derben Stoß versetzt und heute wagt niemand mehr im Ernst zu bestreiten, daß die Genossenschaften ebenso wie die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft und deren Krise unterworfen sind wie die kapitalistischen Unternehmungen. Schon sind ihr einige zum Opfer gefallen, andere — und nicht die kleinsten — ringen schwer mit finanziellen Schwierigkeiten. Es hat ihnen nichts genutzt, daß ihre reformistischen Leitungen sie bewußt aus dem Klassenkampf des Proletariats ausschalten wollten und unermüdlich eine Art von „Neutralität“ predigten, die es in der bürgerlichen Klassengesellschaft nicht geben kann und die sich immer zugunsten der herrschenden Klassen auswirkt. Wenn die Genossenschaften, anstatt Hilfsorgane des proletarischen Klassenkampfes zu sein, als reine Geschäftsunternehmungen auf-

Klassenfeind pfeift schließlich auf alle „Neutralität“, er handelt nur in seinem Klasseninteresse, wenn er — wie in Deutschland — die Genossenschaften steuerlich unter Ausnahmerecht stellt und sie schließlich — wie in Italien — physisch vernichten läßt. Hier hilft kein Appell an die „Einsicht“ des Gegners, sondern nur entschlossener Kampf Seite an Seite mit den anderen Organisationen der Arbeiterklasse — Gewerkschaften und Partei — bis zum Sturze des Kapitalismus. Die SPD, unlösbar mit dem kapitalistischen System verbunden, kann und will diesen Kampf nicht führen. Die KPD hat auch auf diesem Gebiet nur Niederlagen organisiert und die Kraft der Arbeiterklasse sinnlos verwirrt. Die Sozialistische Arbeiterpartei wird durch die Schaffung der Einheitsfront des Proletariats in zäher und langwieriger Arbeit das nachholen und wiedergutmachen müssen, was versäumt und vertan wurde. Deshalb muß jeder Genossenschaftler, dem das Schicksal und die Zukunft der Genossenschaftsbewegung wirklich am Herzen liegt, am 24. April der SAP seine Stimme geben, in Preußen

Liste 18

Partei im Wahlkampf

Barth

Genosse August Siemens referierte zu den Landtagswahlen. Der Abend brachte vier Neuaufnahmen. Wir sind damit wieder einen Schritt vorwärts gekommen.

Greifswald

Ueber Proletariat und Landtagswahlen sprach Genosse August Siemens im Gewerkschaftshaus. Trotz Sabotage der SPD und KPD war der Besuch zufriedenstellend. In der Diskussion sprachen zwei KPD-Genossen in der üblichen „fälligen Weise.“ „Ableger der Wels-Partei, Sozialfaschisten“ u. a. niedliche Bezeichnungen! Genosse Siemens fertigte beide leicht und überzeugend ab. Die Absicht der KPD, die Versammlung zu sprengen, scheiterte. Die Mehrzahl der Anwesenden reagierte nicht auf derartige Versuche. Diese Versammlung hat den günstigsten Eindruck für die SAP hinterlassen, der sich bei der Wahl am 24. April entsprechend auswirken wird.

Jerichow

In Jerichow, wo bisher noch keine Ortsgruppe der Partei bestand, sprach am Montag die Genossin Irmgard Rasch, Berlin. Die Anwesenden, darunter Landarbeiter, Reichs-

bannermitglieder und ein ehemaliger Funktionär der KPD, der schon 1929 aus dieser ausgegrenzt war, hörten mit großer Aufmerksamkeit dem Referat zu und erklärten zum Schluß der Versammlung, daß sie weder die SPD- noch die KPD-Politik stützen könnten.

Bielefeld

Der Wahlkampf wurde mit einer öffentlichen Versammlung mit dem Genossen Rosenfeld als Referenten eröffnet. Thema: „Gegen den Faschismus — für den Sozialismus.“ Ein Diskussionsredner der KP-O empfahl Genosse Rosenfeld, zu uns zu kommen, da nach dem Jebertritt verschiedener starker KP-O-Ortsgruppen ihre Zahl immer kleiner und bedeutungsloser würde.

Görlitz

Unsere öffentliche Versammlung mit Genossen Melcher, Dresden, als Referenten, darf als ein Erfolg insofern gebucht werden, als der führende Funktionär der Görlitzer KPD, Genosse Bender, offen und entschieden von der Stalin-Thälmannschen These abrückte, daß der Faschismus in Deutschland schon gesiegt habe. Einige Schiefheiten des Diskussionsredners vermochte der Referent im Schlußwort überzeugend richtig zu stellen.

SPD-Abgeordneter Otter der Reaktion geopfert

Aus Bergarbeiterkreisen des Ruhrgebietes wird uns geschrieben:

Dem Parteiapparat der SPD im Unterbezirk Bochum — Herno — Witten — Watten-scheid — Wanne — Eikel, ist es nach ungewöhnlich großer Anstrengung diesmal gelungen, den auf dem linken Flügel der SPD stehenden Landtagsabgeordneten Otter, Bochum abzusagen. Daß so etwas bevorsteht, piffen die Spatzen schon längst von den Dächern. Bei der Aufstellung der Kandidaten zum Preußischen Landtag, präsentierte der Apparat an Stelle von Otter den früheren Junglehrer und glühenden Vertreter des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, Franz Vogt. Trotzdem die reformistischen Drahtzieher im Unterbezirk alle Regiekünste aufboten, ging Vogt nur mit einer knappen Mehrheit durchs — Ziel.

Otter, der lange Jahre im Ruhrbergbau als praktischer Bergmann tätig gewesen ist, und später auf der Hauptverwaltung des Bergarbeiterverbandes angestellt wurde, vertrat im Preußischen Landtag seit mehr als zehn Jahren als Fachmann die Interessen der Bergarbeiter. In dieser Zeit haben die Wähler, hat die breite Öffentlichkeit oft Gelegenheit gehabt, sein Wirken für die Arbeiterinteressen zu beobachten. Die heftigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Schwerindustrie im Preußischen Landtag zeigten, mit welcher Schärfe er gegen die Reaktion die Klinge führte. Daher herrscht große Erregung bei den Arbeitern in den Betrieben und Stempelstellen über die Abhalterung Otters durch den Apparat.

Noch vor kurzer Zeit erklärte der Betriebsführer der Zeche „Constantin der Große“ 6/7 in Bochum, Dr. Heidemann dem Betriebsrat: „Für die Brandreden, die Otter im Landtag gegen die Bergwerksunternehmer hält, gehört er ins Zuchthaus.“ Ins Zuchthaus hat ihn die Reaktion zwar noch nicht gebracht, aber der Reaktion zuliebe wurde er vom SPD-Parteiapparat nicht wieder aufgestellt. Nun darf sich Dr. Heidemann, „der Nazihäuptling“ beruhigen. Und das nennt man dann „Demokratie“. Für solche „Demokratie“ für so ein nichtswürdiges, beschämendes und der Reaktion dienendes Verhalten der reformistischen Bürokratie, bedanken sich die Arbeiter. Jeder denkende Arbeiter wählt am 24. April die Liste der SAP.

Am 5. Juni Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 19. April 1932

Wie das Staatsministerium bekanntgibt, finden die Wahlen zum mecklenburg-schwerinschen Landtag am 5. Juni statt.

Schutzbund Breslau „kampfbereit“

Für alle Breslauer Kampf- und Reservestaffeln ist die höchste Aktionsbereitschaft für den Wahlkampf angeordnet. Alle nutzlosen Diskussionen sind beseitigt, und die Anordnungen der Leitung werden restlos durchgeführt. Der Schutzbund muß in diesem Wahlkampf beweisen, daß er wirklich die Schutztruppe des Breslauer Proletariats ist. Wir werden dem faschistischen Wahlkampfterror zu begegnen wissen, wenn jeder Genosse seine proletarische Pflicht erfüllt.

Wenn wir auch als die Kampftruppe der SAP auftreten, so wissen die kommunistischen Arbeiter genau so wie die sozialdemokratischen Arbeiter in Breslau, daß ihnen unsere Hilfe zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung steht, wenn es gilt, dem Terror der Nazioten zu begegnen. Darüber hinaus gilt unsere ganze Schlagkraft der Massenmobilisierung für die Liste 18 der SAP. 800 aktive Wahlhelfer besorgen in Breslau die Propaganda für die SAP, die diesen Wahlkampf nicht führen kann mit den Kapitalistengeldern, die der Eisernen wie der Nazifront zur Verfügung stehen. Unsere Radfahrerkolonnen, zusammengestellt aus erwerbslosen Genossen, müssen Hunderte von Kilometern — meist mit hungrigem Magen — fahren, um den Bezirk zu bearbeiten. Auch in die kleinsten und entlegensten Dörfer stößt unsere rote Kavallerie mit unseren Ideen vor. Während die Kampfstaffeln verantwortlich sind für den Versammlungsschutz und die persönliche Sicherheit der Referenten, werden alle Reserven für die Propaganda in den Mietskasernen eingesetzt. Neben den parteioffiziellen Flugblättern verlassen Tausende politischer Rundbriefe den Vervielfältigungsapparat, um sorgfältig kuvertiert und adressiert in jede Proletarierwohnung gebracht zu werden. Unzählige Handzettel laden immer wieder, vor den Betrieben und Stempelstellen durch Schutzbundgenossen verteilt, zu neuen Versammlungen ein, in denen die SAP das Proletariat aufklärt. Wenn im Straßenbild immer wieder riesige Transparente mit der Aufschrift „Wählt Liste 18 SAP.“ auftauchen, so weiß jeder, daß sich auch hier der Schutzbund in Aktion befindet.

Der Schutzbund und die Mehrheit der Breslauer Arbeiterpartei, von denen die Mortorradfahrer besonders wertvolle Arbeit leisten, stehen für den Kampf der Sozialistischen Arbeiterpartei bereit. Trotz fast unerhörter Notverordnungs- und Polizeischikanen geht es überall vorwärts. Kein Mitglied steht im Kampfe zurück, jeder will in vorderster Linie mitstreiten. Am 24. aber werden wir feststellen, inwieweit es gelungen ist, die Arbeiterschaft wachzurütteln. P. Kirstein.

Die Arbeitsmarktlage in der Feinlederwaren-Industrie

Rückentwicklung zur Heimindustrie — Ein Ausweg des Kapitalismus aus der Krise

Die Zahl der Arbeitssuchenden in der Lederindustrie (Gruppe 11 des amtlichen Berufsverzeichnisses) belief sich im Deutschen Reich am 15. März 1932 auf insgesamt 66164 männliche und 9358 weibliche Personen. Da in dieser Zahl außer den Gerbern, Sattlern und Portefeullern auch noch Tapezierer und Polsterer enthalten sind, gibt sie für die Beurteilung der Arbeitsmarktlage in der Feinlederwarenfabrikation ein ungenaues Bild, so daß wir, um die vorhandene Fehlerquelle auszumerzen, unserer Untersuchung nur die vom Arbeitsamt Offenbach veröffentlichten Zahlen zugrunde gelegt haben. Auch heute noch ist das Gebiet in und um Offenbach führend in der Feinlederwarenfabrikation, so daß sich hier die bereits eingetretenen und die sich anbahnenden Strukturveränderungen am deutlichsten bemerkbar machen.

Am 15. Februar betrug die Zahl der arbeitslosen Portefeuller und Sattler im Bereiche des Arbeitsamtes Offenbach insgesamt 4115 und zeigt seit dem Beginn des Jahres 1932 folgendes Bild:

	männl.	weibl.	insges.
1. 1. 32	2 217	1 165	3 382
1. 1. 32	2 347	1 227	3 601
2. 32	3 197	1 377	4 577
2. 32	2 929	1 186	4 115

Es ergibt sich somit seit dem 1. Februar, dem bisher höchsten Stande der Arbeitslosigkeit in der Feinlederwarenbranche, eine Abnahme um 452. Diese auf einen eingetretenen Konjunkturschwung zurückzuführen zu wollen, wäre verfehlt; sie stellt lediglich eine Saisonschwankung dar und ist ein Ergebnis der Leipziger Mustermesse, deren Ausbeute in diesem Jahre aber viel magerer ausgefallen ist als in vorhergehenden. Schon ein Vergleich der Zahlen der Arbeitssuchenden aus dem Jahre 1932 mit denen aus dem Jahre 1931 zeigt dieses an:

	männl.	weibl.	insges.
1. 1. 31	2 164	867	3 031
1. 2. 31	2 401	786	3 187
1. 3. 31	2 027	556	2 583

Die weitaus größere Zahl arbeitssuchender Portefeuller im Jahre 1932 ist auf zwei Ursachen zurückzuführen:

1. auf Bestrebungen des Auslandes, sich von der Einfuhr deutscher Lederwaren unabhängig zu machen.

2. auf die Schrumpfung der Kaufkraft des Binnenmarktes.

Die autarkischen Bestrebungen des

Auslandes bekamen durch den Weltkrieg einen vorher nie gekannten Anreiz. Die beinahe fünfjährige Abschneidung Offenbachs vom Weltmarkt mußte in den Staaten, die auf die Einfuhr Offenbacher Lederwaren angewiesen waren, die Bestrebungen nach Errichtung eigener Industrien fördern. So entstand z. B. in Südamerika eine ausgedehnte Lederwarenindustrie (Gerbereien), während in den Vereinigten Staaten und in Belgien weiterverarbeitete Werke emporstiegen. Eine Entwicklung, die für viele hochqualifizierte Offenbacher Arbeitskräfte Dauererwerbslosigkeit bedeutete. Diese aus militärischen Gründen erwachsene Krise hat durch die hereingebrochene Wirtschaftskrise eine Verschärfung erfahren. So hatte der Übergang Englands zu Schutzzoll zur Folge, daß Firmen, die ihr Hauptabsatzgebiet in England und in den Dominions hatten, ihren Sitz nach London verlegten und dort — vorerst mit deutschen Hilfskräften — eine nationale Lederindustrie schufen. Eine Politik, die sich für den deutschen Arbeitsmarkt der Feinlederbranche dahin auswirkt, daß auch die Dauererwerbslosigkeit unter den hochqualifizierten Arbeitskräften in erschreckendem Maße zunimmt.

Für die bedrohte Vormachtstellung Offenbachs in der Leder verarbeitenden Industrie und daher für die außergewöhnlich hohe Zahl arbeitssuchender Portefeuller kommt als dritte Ursache hinzu:

Die Standortverschiebungen innerhalb des Deutschen Reiches.

Wohl in keiner anderen Industrie zeigt sich so deutlich die Tendenz zu einer durch den modernen Industriekapitalismus zurückgedrängten Produktionsstufe — der Heimindustrie — zurückzukehren wie gerade in der Lederwarenfabrikation. Aus dem Unternehmer wird wieder der Verleger, der Kaufmann, und die Produktionsstätten wandern von der Stadt aufs Land oder nach Orten, die einen günstigeren Boden für die Heimindustrie abgeben (z. B. Berlin). Hier ist der Unternehmer noch in der Lage, die Gestehungskosten herabzusetzen, denn der Heimarbeiter kümmert sich weder um den 8-Stundentag noch um einen tariflich festgelegten Lohn. Diese Rückbildung der Produktionsform, die nur auf Kosten der Lebenshaltung der großstädtischen Arbeiterschaft geht, ist mit ein Ausweg des Kapitalismus aus der herrschenden Wirtschaftskrise. Für das Fabrikproletariat bedeutet dieser Weg aber Dauererwerbslosigkeit und weitere Verelendung, es sei denn, daß sie sich ihr durch den Kampf um die Ueberwindung des herrschenden Systems durch eine planmäßig organisierte Wirtschaft entzieht.

X.

Resolutionen-Streit in Genf

TU. Genf, 18. April 1932.

Der vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz am Montagvormittag zur Ausarbeitung eines endgültigen Entschließungsentwurfs über die abschnittsweise Herabsetzung der Rüstungen eingesetzte Sonderausschuß, dem sämtliche Großmächte angehören, hat am Abend nach längeren, schwierigen, geheimen Verhandlungen einstimmig folgenden Entschließungsentwurf angenommen:

„Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz vertritt die Auffassung, daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie in dem Artikel 8 des Völkerbundespaktes vorgesehen ist, fortschreitend durch aufeinanderfolgende Revisionen in geeigneten Zwischenräumen durchgeführt wird, nachdem die gegenwärtige Konferenz den ersten entscheidenden Abschnitt einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf das mindest mögliche Maß verwirklicht hat.“

Die Abänderung des ursprünglichen tschechoslowakischen Antrages, in dem von einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen überhaupt nicht die Rede war, erfolgte auf Grund eines amerikanischen Antrages, der von deutscher Seite angenommen und ergänzt wurde. Insbesondere wurden von deutscher Seite die Worte „entscheidenden Abschnitt“ und „mindest mögliche Maß“ verlangt.

Im Hauptausschuß ist am Dienstag vormittag gegen den Wortlaut dieser Resolution unter Führung des rumänischen Gesandten in Berlin, Titulescu, ein heftiger Vorstoß unternommen worden. Titulescu suchte die auf amerikanischem Wunsch in der Entschließung angenommene Forderung auf Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß durch eine einseitige Auslegung dieser Entschließung unwirksam zu machen, indem er seine Zustimmung zu dem Entwurf von der Annahme eines neuen, bisher noch nicht behandelten Antrages der tschechoslowakischen Abordnung zu Punkt 2 der Tagesordnung abhängig machte. Der tschechoslowakische Antrag fordert, entsprechend der französischen Sicherheitsthese, daß die Herabsetzung der Rüstungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage, den besonderen Bedingungen der einzelnen Staaten und den internationalen Verpflichtungen durchgeführt werden darf. Titulescu erklärte, daß die zur Abstimmung vorliegende Entschließung und der bisher noch nicht behandelte tschechoslowakische Antrag ein untrennbares Ganzes bildeten. Die Vertreter Südslawiens und Persiens schlossen sich den Erklärungen Titulescus an.

Dieser Vorstoß wurde von Litwinow sofort scharf kritisiert. Litwinow erklärte, er lehne die Auslegung Titulescus ab und könne die Entschließung unter keinen Umständen im Geiste der rumänischen Auslegung annehmen. Nach einer längeren bewegten Aussprache stellte Henderson schließlich den Entschließungsentwurf des Sonderausschusses als solchen zur Abstimmung mit Handaufheben.

Der Hauptausschuß nahm die Entschließung sodann einstimmig an, jedoch

erhoben sich Litwinow und Titulescu gleichzeitig und erklärten, die Entschließung nur im Sinne ihrer Auslegung annehmen zu können.

Die praktische Bedeutung dieser Entschließung ist damit in Frage gestellt.

Ein neuer Kredit

TU. Genf, 19. April 1932.

Der vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz am Dienstag vormittag eingesetzte Redaktionsausschuß, in dem zwölf Mächte, darunter sämtliche Großmächte, vertreten waren, hat zum Punkt 2 der Tagesordnung (die Methoden und die Kriterien der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen) einstimmig eine Entschließung angenommen, die einen Mittelweg zwischen dem italienischen und dem tschechoslowakischen Vorschlag darstellt. Nach der Entschließung müssen bei den Kriterien und Methoden der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen entsprechend den Bestimmungen des Artikels 8 des Völkerbundespaktes die Rüstungen auf das mit der nationalen Sicherheit und der Durchführung der internationalen Verpflichtungen zu vereinbarende Mindestmaß herabgesetzt werden. Ferner muß der geographischen Lage und den besonderen Bedingungen jedes einzelnen Staates Rechnung getragen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen die Methoden geprüft werden, und zwar soll die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen für jeden einzelnen Staat gesondert durchgeführt werden.

Der sowjetrussische Außenminister Litwinow meldete einen grundsätzlichen Vorbehalt gegen die Anwendung des Artikels 8 des Völkerbundespaktes an und erklärte, daß Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes nicht in der Lage seien, die Bestimmungen dieses Artikels für sich als bindend anzusehen.

Litwinows Protest

TU. Genf, 20. April 1932

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz, gab der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow eine ungewöhnlich scharf formulierte Erklärung ab, in der er den vom Redaktionsausschuß gestern abend einstimmig angenommenen Entschließungsentwurf über Methode und Kriterium der Herabsetzung der Rüstungen eindeutig ablehnte. Litwinow erklärte, die Entschließung der Form und dem Inhalt nach ablehnen zu müssen, da die Moskauer Regierung nicht in der Lage sei, eine Entschließung anzunehmen, die die gesamten Arbeiten der Abrüstungskonferenz eindeutig auf den Bestimmungen des Artikels 8 des Völkerbundespaktes aufbaue, der die gesamte Abrüstungsfrage mit der Sicherheitsfrage verbinde. Die Annahme des Artikels 8 des Völkerbundespaktes als entscheidende Grundlage der Abrüstungskonferenz schließe die Zustimmung zu den Sanktionsverfahren des Völkerbundes ein.

Kreugersche Korruptions-Millionen

Mer neue Enthüllungen und Gerüchte

„Evening Standard“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Untersuchung der Kreuger-Angelegenheit wahrscheinlich noch aufsehenerregende Enthüllungen über den Abschluß der Streichholzmonopole Kreugers mit verschiedenen Staaten bringen werde. Es handele sich dabei um Prämienzahlungen Kreugers an einflußreiche Privatpersonen, die den Abschluß der Monopolverträge in den betreffenden Staaten begünstigt haben sollen.

Riesenverluste in Frankreich und in USA

TU. Paris, 19. April 1932

In französischen Finanzkreisen wird im Zusammenhang mit dem Tod Kreugers hervorgehoben, daß die Verpflichtungen des schwedischen Finanzmannes in Frankreich eine halbe Milliarde Franken betragen. Mit umso größerer Aufmerksamkeit verfolgt man hier auch alles, was sich auf Kreuger beziehen könnte, und verzeichnet mit einer gewissen Genugtuung das Eintreffen des Präsidenten der Zündholzfirma, Ryndsbeck. Ryndsbeck wird in Paris Besprechungen mit Regierungsgliedern und Finanzleuten haben.

Morgan witterte Verdacht

Die Abendzeitungen berichten in großer Ermahnung aus London, daß die Morgangruppe schon vor einiger Zeit die schwache Stellung des Kreuger-Konzerns kannte und wegen Kursverlustes einen Schadenersatz in Höhe von 10 Millionen Dollar forderte, da Kreuger nicht imstande war, den vertraglich festgelegten Aktienkauf von 600 000 L.M. für die Aktion mit 400 000 International Telefon Aktien durchzuführen.

Nach derselben Londoner Meldung wollte Morgan die Abreise Kreugers aus New York verhindern und unterrichtete sogar die Polizeibehörden über die betrügerische Aktion von Kreuger. Schließlich glückte es diesem, die notwendigen Geldmittel aufzutreiben. Das Bankhaus Lee Higginson and Co. war jedoch inzwischen so mißtrauisch geworden, daß man Direktor Durant mit Kreuger nach Europa schickte, um an der Pariser Konferenz teilzunehmen. Vor dieser Konferenz nahm Kreuger sich bekanntlich das Leben.

Kreugergeld für Hitler

Die Stockholmer Zeitung „Sozialdemokraten“ gibt an, daß man in den Papieren Ivar Kreugers neue sensationelle Entdeckungen gemacht habe. U. a. soll man eine Quittung in Höhe von 5 Millionen Pesetas von König Alfons und eine in Höhe von 100 000 RM. von Hitler gefunden haben. Diese Angabe ist jedoch in keiner Weise bestätigt worden und wird hier nicht ernst genommen.

Kreuger ist tot

TU. Paris, 19. April 1932.

Die in Stockholm verbreiteten Gerüchte, wonach der ehemalige Zündholzkönig Kreuger nicht gestorben sei, sondern angesichts der verheerenden Finanzlage seiner Unternehmungen die Flucht ergriffen haben soll, werden in Paris nachdrücklich dementiert. Der Polizeikommissar des Stadtviertels, in dem Kreugers Wohnung sich befand, erklärte, daß er mit eigenen Augen Kreuger auf dem Totenbett gesehen habe. Von der Unterschlebung einer Wachspuppe könne daher nicht die Rede sein. Auch der Arzt, der den Tod feststellte, erklärte, daß es sich bei dem abenteuerlichen Gerücht wohl nur um einen schlechten Scherz handeln könne.

Der Bilderschieber Weber

In der gestern fortgesetzten Verhandlung gegen Weber und Genossen wegen des Zusammenbruchs der Bank für Deutsche Beamte und der damit zusammenhängenden Betrügereien mit gefälschten und wertlosen Gemälden gab der Angeklagte Alois Weber an, daß er bei den Verhandlungen mit Frau v. Schwarzbach sich auf die Expertisen gestützt habe, nach denen es sich um einen echten Leonardo gehandelt habe. Er habe nie erfahren, daß Zweifel über diese Echtheit aufgetaucht seien. Für das Gemälde war auch als Käufer eine englische Firma vorhanden, die 500 000 Mark zahlen wollte. Frau v. Sch. wollte das Bild aber nicht unter einer Million Dollars abgeben. Es kam dann eine Reise nach Amerika zustande. Obwohl man dort das Bild für eine Million Mark hätte verkaufen können, blieb Frau v. Sch. bei ihrer Forderung von einer Million Dollars. Nach der Rückkehr habe er dem Aufsichtsrat die Sache vorgetragen und erklärt, daß das Geschäft vorläufig ruhen müsse. Er habe auch inzwischen noch ein Gutachten von Professor Seida eingeholt, das 6000 Mark gekostet habe. Frau v. Schwarzbach sei dann verschwunden und bisher nicht aufzufinden gewesen. Das Bild befände sich noch in Amerika in treuhänderischem Depot. Weiter erklärte Alois Weber, daß er nie gewußt habe, daß der Angeklagte v. Buchwald die Bilder, die die Bank von dem Lombardhaus Bitterlich beliehen habe, erst kurz vorher aufgekauft habe. Weiter behauptete der Angeklagte, daß er die großen persönlichen Kredite v. Buchwald gegeben habe, weil er annahm, daß dieser aus sehr reichem Hause stamme. Buchwald habe auch seinen Erbspruch als Sicherheit gegeben und über diesen habe ein Gutachten vorgelegen. Zur Sprache kam noch, daß dem Bruder des Angeklagten, Josef Weber, von der Bank ein Kredit von 100 000 Mark zum Bau einer Villa bewilligt worden sei. Der Angeklagte erklärte dazu aber, daß er die Entscheidung über den Kredit dem Auf-

sichtsrat überlassen habe. Das Geld mußte später zurückgezahlt werden, weil der Revisionsbericht die Kreditbewilligung an ein Aufsichtsratsmitglied schwer bemängelte.

Eine feine Marke

Der „Angriff“, veröffentlicht einen längeren Artikel von Lehmann-Lamari: „Warum laufen die Arbeiter der KPD davon?“ Der „Angriff“ preist Lehmann-Lamari in einer redaktionellen Einleitung zu dem Artikel als einen Mann, der „sich nach genauen Einblicken in die kommunistischen Methoden und die dortigen personellen Verhältnisse mit Ekel von der KPD abgewendet“ habe und „jetzt, wie so mancher andere Kommunist, auf dem Wege zu Adolf Hitler“ sei.

Dieser Lehmann-Lamari ist nun freilich eine ganz besondere Nummer. Vor etwa zwei Jahren vollzog er unter erheblichem Tantom in Chemnitz seinen Uebertritt von der SPD zur KPD, nachdem ihm der Versuch, aus der sozialdemokratischen Presse Geld herauszuschlagen, wenig geglückt war. Die kommunistische Presse hat ihn zu jener Zeit in seitenlangen Artikeln als das Beispiel eines aufrechten Kämpfers gelobt, und er ist einige Wochen als Paradepony der KPD von Versammlung zu Versammlung durch die Lande gejagt worden.

Vor etwa 14 Tagen meldete sich Lehmann-Lamari auf der Redaktion der „SAZ“ und versuchte, uns eine Broschüre, die er angeblich im Auftrag der KPD-Zentrale geschrieben hatte und die noch nicht veröffentlicht war, sowie anderes Material über die KPD zu verkaufen. Er hatte jedoch bei der „SAZ“ kein Glück. Offenbar ist er dann direkt zum „Angriff“ gelaufen und hat dort sein Material an den Mann gebracht.

Diese neueste Errungenschaft gönnen wir dem „Angriff“ und Herrn Hitler gern.